

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

25.1.1930 (No. 24)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 Mk. frei ins Haus 2.70 Mk. bei den
Verlagsstellen abgeholt. Nr. 20 durch die Post ohne Zustellgebühr Einzel-
nummern 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen aus-
bis 20. auf den Monatslohn. Im Falle höherer Gewalt besteht kein An-
spruch auf Vortierung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Freizeitsport, Wälder für den Familienkreis, Was der heiligh. Welt, Sportbeilage
Deutsche Jugendkraft, Neue Lebensbeilage, Wälder für den Familienkreis, Reduktion u. Verlag: Steinf. 17-21
Fernspr.: Geschäftsstelle 6233, Redaktion 6236, Verlag 6237. Druckadresse: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 6844

Anzeigenpreis: Die 10erpatrone 27 mm breite Millimeterzeile im
Anzeigenlohn 10 Pfg., sonst 12 Pfg. für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg.,
die 5erpatrone 27 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach
Zahl. Bei Zahlungsschwierigkeiten, mangelsweiser Einreichung oder
Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigen-
annahme 3/4 Uhr. - Erlösungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nr. 24 (12 Seiten)

Karlsruhe, Samstag, den 25. Januar 1930

68. Jahrgang

Schwierigkeiten bei der preussischen Regierungsumbildung

Die Demokraten mit der Verteilung der Ministerposten nicht einverstanden

Dr. Sch. Berlin 24. Jan. (Via. Drahtber.)

Die Besprechungen, die gegenwärtig innerhalb der Parteien des preussischen Landtags und zwischen ihnen über die Bildung der Großen Koalition in Preußen geführt werden, haben im Laufe des heutigen Tages dazu geführt, daß im wesentlichen Klarheit über die Neubestellung der Ministerien und auch über die Stellungnahme einzelner Fraktionen zu den Koalitionserweiterungsplänen besteht. Darnach soll der Deutschen Volkspartei einmal das bisher von dem demokratischen Abg. Schreiber verwaltete Handelsministerium und vielleicht ein Ministerium ohne Portefeuille angeboten werden. Außerdem dürfte der Bund der Sozialdemokraten, das Ministerium für Kultus und Unterricht zu belegen, kaum auf ernsthafte Schwierigkeiten mehr stoßen. Wenn es also, was wahrscheinlich ist, zur Bildung der Großen Koalition in Preußen kommt, dann wird sich die neue Regierung folgendermaßen zusammensetzen: Sozialdemokraten: Ministerpräsident, Inneres und Ministerium für Kultus und Unterricht, Zentrum: Landwirtschaft, Sozialministerium und Justizministerium, Demokraten: Finanzministerium, Deutsche Volkspartei: Handelsministerium und Ministerium ohne Portefeuille.

Offizielle Verlautbarungen der Parteien liegen noch nicht vor, aber man hört zuverlässig, daß sich die Deutsche Volkspartei mit einer solchen Lösung im wesentlichen einverstanden erklären wird.

Die Zentrumsfraktion hat heute über diese Fragen in einer Fraktionsitzung beraten und teilt offiziös unter anderem mit:

Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags hat den Gedanken der erneuten Inangriffnahme der Wiederherstellung der Großen Koalition in Preußen auf das lebhafteste begrüßt und den einmütigen Wunsch ausgesprochen, daß die Erweiterung der preussischen Regierungsbasis mit größter Beschleunigung durch den Ministerpräsidenten herbeigeführt werden muß. Das Zentrum hat sich mit dem preussischen Ministerpräsidenten in Verbindung gesetzt und gefragt, was er zu tun gedente. Ministerpräsident Dr. Braun erklärte, daß er sich zunächst mit der demokratischen Landtagsfraktion ins Benehmen setzen wolle, um diese zu fragen, ob sie bereit sei, den für die Deutsche Volkspartei in Frage kommenden Posten des Handelsministeriums freizumachen. Das hat er getan. Die demokratische Landtagsfraktion hat sich mit der Frage beschäftigt und ihr Vorsitzender hat sich dann mit dem von der Zentrumsfraktion beauftragten Verhandlungsführer unterhalten. Hierbei wurde ihm gesagt, daß die Zentrumsfraktion die Wiederherstellung der Großen Koalition unter den inzwischen bekannt gewordenen Voraussetzungen dringend wünsche.

Es ist also damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit Preußen die Große Koalition wieder haben wird. Bekanntlich hat die Deutsche Volkspartei vor Jahren die Tür selbst zugeschlagen und aus parteitaktischen Motiven heraus geglaubt, sich nicht mehr an der Preußenregierung beteiligen zu können. Aber bald trat eine Erleichterung ein.

Dann kam das schon oft erlebte Spiel der Volkspartei. Sie wollte auf Kosten des Zentrum-Besitzes wieder in die Preußenregierung eintreten und verlangte damals mindestens zwei Ministerien und weiter einen Staatssekretär. Diese Forderungen mußten abgelehnt werden. Bei späteren Verhandlungsversuchen erhob die Volkspartei nur noch den Anspruch auf einen Minister, einen weiteren ohne Portefeuille und einen Staatssekretär. Aber auch diese Verhandlungen führten zu keinem positiven Ergebnis, da sich ein großer Widerstand seitens der Demokraten bemerkbar machte, die nichts von ihrem Besitzstand aufgeben wollten. Das Zentrum hatte aber keine Veranlassung, in diesen Fragen nachzugeben, da es mit Recht glaubte, einen Anspruch auf drei Ministerposten analog seiner Fraktionsstärke zu haben.

Neuerdings sind die Verhandlungen, wie schon gesagt, wieder im Gange und berechtigen zu der Auffassung, daß sie dieses Mal erfolgreich abgeschlossen werden können. Das Zentrum wagt es nicht, seinen Besitzstand zu verlassen, wie faktisch richtig und für Preußen erfolgreich die von unserer Partei betriebene Politik in den letzten Monaten gewesen ist.

Schwierigkeiten bei den Demokraten

Berlin, 24. Jan. Wie das BZ-Büro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, liegt nach dem jetzigen Stande der Koalitionsverhandlungen in Preußen das Schwerkgewicht bei den Demokraten. In ihrer heutigen längeren Fraktionsitzung sind die Demokraten noch zu keinem Beschluß gekommen. Aber die Sitzung, über die offiziell strengstes Stillschweigen bewahrt wird, soll außerordentlich erregt verlaufen sein. Ramentlich glaubt man die Zurücknahme gleich zweier Vertrauensmänner aus dem Kabinett, nämlich des Handelsministers Dr. Schreiber und des Kultusministers Dr. Beder, während die anderen Koalitionsparteien keine Opfer bringen, nicht ertragen zu können. Die Entscheidung wurde vertagt, bis nach einer Mißsprache, die der demokratische Fraktionsführer Hoff wahrscheinlich morgen mit dem Ministerpräsidenten Braun haben wird.

Parteiübergreifende Besprechung über das neue Reichsbankgesetz

Berlin, 24. Jan. In der im Reichstag am Montag unter Vorsitz des Reichskanzlers stattfindenden Parteiübergreifenden Besprechung, die sich mit dem neuen Reichsbankgesetz befaßt, laut „Germania“ außer den Fraktionsführern je ein Sachverständiger der Fraktion teil. Am Montag bereits wird der Reichsrat mit der Beratung der Youngvorlagen beginnen. Zunächst wird sich der Auswärtige Ausschuss des Reichsrates, der für Montag einberufen ist, mit den Vorlagen befassen.

Kudell Vorsitzender der Volkskonservativen Vereinigung

Wie die „Landvolksnachrichten“ erfahren, wird den Vorsitz in der Volkskonservativen Vereinigung, die befanntlich am 28. Januar erstmalig mit einer Kundgebung im Herrenhaus an die Öffentlichkeit tritt, Reichsminister a. D. Dr. v. Kudell übernehmen.

Sechs Monate Gefängnis für Abg. Straßer wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten

Berlin, 24. Jan. Nach mehrstündiger Beratung verwarf die Strafkammer des Landgerichts III die Berufung des Angeklagten Abgeordneten Straßer wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten Braun. Auch die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde das erste Urteil dahin abgeändert, daß der Angeklagte Straßer wegen Beleidigung in fünf Fällen, davon in zwei Fällen gleichzeitig wegen übler Nachrede und wegen Beschimpfung der Republik in vier Fällen, zu einer Gesamtsstrafe von sechs Monaten Gefängnis und 600 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Dem Beleidigten wurde Publikationsbefugnis zugesprochen. Die Frage der Strafsatzung bleibt der Entscheidung des Gerichts erster Instanz vorbehalten. Am schärfsten beurteilt hat das Gericht die Beleidigung des Ministerpräsidenten Braun; denn der Angeklagte habe sich nicht geäußert, in seinen Publikationen sogar auf die Vorklärung des Ministerpräsidenten zurückzugreifen. Eine Geldstrafe hat das Gericht nicht für ausreichend gehalten.

Die Vorstrafen hätten dem Angeklagten mindestens eine Warnung sein müssen. Die Häufung der Fälle und die grobe, unflätige Art der Beleidigungen ließen eine Geldstrafe nicht am Platze erscheinen. Im politischen Kampf werden heftige Ausdrücke gebraucht, hier aber sei die Grenze weit überschritten. Die Frage, ob eine Milderung der Strafe im Gnadenwege eintreten soll, erwidert dem Gericht nicht spruchreif. Es müsse erst geprüft werden, ob der Angeklagte in der letzten Zeit von seiner bisherigen Handlungsweise abgerückt ist.

Die Finanzlage des Reiches

Augenblicklich bestehen keine Schwierigkeiten

Berlin, 24. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages begann heute die Beratung des Bündwarenmonopolgesetzes. Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer begründete den Gesetzesentwurf und gab dabei eine allgemeine Uebersicht über die Kassenlage des Reiches. Er führte aus: Mit Hilfe des Ende Dezember von den Banken gegebenen Ueberbrückungskredits in Höhe von 350 Millionen RM. ist es gelungen, den Ultimo-Dezember ohne weitere Schwierigkeiten zu überwinden. Der Kredit der Reichsbank konnte am 31. Dezember 1929, wie es im Bankgesetz vorgehien ist, restlos abgedeckt werden. Inzwischen ist durch die im Januar erfolgten bisherigen Steuererhöhungen eine Verbesserung der Kassenlage in dem Maße eingetreten, daß im Augenblick Schwierigkeiten nicht bestehen. Am 31. Januar wäre ein Bankenkredit in Höhe von 200 Millionen RM. zur Rückzahlung fällig. Inzwischen ist aber der Bankenkredit auf etwa 6-9 Monate verlängert worden. Somit ist für die Monate Januar bis März mit folgenden Ueberbrückungen bzw. Fehlbeträgen zu rechnen: für Januar Ueberbrückung von 117 Millionen RM., für Februar Fehlbetrag von 140 Millionen RM., für März Fehlbetrag von 140 Millionen RM. Die Monate Januar und Februar werden sich also ungefähr ausgleichen; Ende März wird ein Fehlbetrag von etwa 140 bis 150 Millionen vorhanden sein. Zur Deckung dieses Fehlbetrages werden rund 55-60 Millionen RM. aus der Abrechnung mit dem Generalagenten bzw. mit der Reichsbahn nach Inkrafttreten des Youngplans verfügbar werden, die jetzt infolge der nachträglichen Zahlung des Reichsbahnanteils an der Dawes-Annullität vom Generalagenten noch zurückgehalten werden. 20 Millionen werden aus dem Verkauf von Effekten flüssig gemacht werden können. Ueber die Deckung des dann noch verbleibenden Fehlbetrages sind Verhandlungen eingeleitet worden, von denen ich hoffe, daß sie zu dem gewünschten Erfolg führen werden.

In Kürze

Die städtischen Behörden von Chicago, die für die Unterhaltung der Schulen und die Besoldung der Lehrer verantwortlich sind, sahen sich gezwungen, eine Anleihe von 1,5 Millionen Dollars aufzunehmen. Für die Anleihe wurde aber bisher kein einziger Cent gezeichnet.

Die beiden bolivianischen Fliegeroffiziere Luizaga und Bazquez sind gestern vormittag mit ihrem Zwitterapparat zu dem beabsichtigten Etappenflug über den Ozean gestartet.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann gestern die Beratung des Bündwarenmonopolgesetzes in Verbindung mit der Kreugeranleihe. Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß trotz der Annahme des Youngplans die Kassenlage des Reiches nach wie vor sehr gespannt sei.

In dem Prozeß Hitler gegen die Münchener „Telegraphenzeitung“ wurden sowohl Hitler wie auch die „Telegraphenzeitung“ zu 400 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Abberufung der mexikanischen Gesandtschaft aus Moskau

Mexiko, 24. Jan. Die mexikanische Regierung hat gestern sämtlichen Mitgliedern der mexikanischen Gesandtschaft in Moskau Befehl erteilt, Rußland zu verlassen. Dieser Schritt stellt einen Protest gegen die kürzlichen kommunistischen Kundgebungen vor den mexikanischen Botschaften in Washington, Buenos Aires und Rio de Janeiro dar. Die mexikanische Regierung hält die Moskauer Regierung für verantwortlich für diese Demonstrationen. Der mexikanische Gesandte in Moskau selbst war bereits vor einigen Tagen aufgefordert worden, Moskau zu verlassen. In der Mitteilung der Regierung wird über ihre Haltung gegenüber dem russischen Gesandten in Mexiko nichts gesagt.

Drei Todesurteile

Moskau, 24. Jan. Der Oberste Gerichtshof verurteilte gestern im Leningrader Anarchistenprozeß vier ehemalige Jarenoffiziere, darunter den Hauptangeklagten Schiller, wegen Spionage und Vertriebs gefälschter Lichterwanzgen zum Tode. Der fünfte Angeklagte wurde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Untersuchungsbericht über die „Italia“-Expedition wird veröffentlicht

Rom, 24. Jan. Infolge der kürzlichen Veröffentlichung einiger Bücher über den Sturzbruch des Luftschiffes „Italia“ und der in der Auslandspresse darüber erschienenen Behauptungen hat das Marineministerium im Ervernehmen mit dem Ministerpräsidenten angeordnet, daß der vollständige Bericht der Untersuchungskommission über die italienische Polarexpedition veröffentlicht werden soll.

Weitere deutsch-russische Auswanderer in Hamburg

Hamburg, 24. Jan. Ein weiterer Transport deutsch-russischer Bauern - 100 Männer, Frauen und Kinder - traf gestern nachmittag mit der Bahn von Grenzau kommend, hier ein; er wurde in das Ueberseeheim der Spava gebracht. Am Dienstag werden die Auswanderer von einem Grinsby-Dampfer nach England gebracht, von wo ihre Weiterreise nach Canada erfolgt.

Der kommunistische Oberbürgermeister wird nicht bestätigt

Berlin, 24. Jan. Der von der Mehrheit der Solinger Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählte Kommunist Weber wird, wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt, von der preussischen Regierung nicht bestätigt werden. Eine entsprechende Entscheidung des preussischen Innenministers ist zu erwarten, sobald der Bericht des Düsseldorfener Regierungspräsidenten in Berlin eingelaufen ist.

Untergang der „Monte Cervantes“

Passagiere und Mannschaften gerettet / Der Kapitän wird vermisst

Hamburg, 24. Jan. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat von ihrer Niederlassung in Buenos Aires folgendes Telegramm erhalten: „Monte Cervantes“ ist gestern Abend um 21 Uhr schnell nach Steuerbord gekentert. Es war kaum genügend Zeit, daß sich die noch an Bord befindlichen Offiziere retten konnten, Kapitän Dreher, der beim Untergang des Schiffes auf der Kommandobrücke stand, wird vermisst.

In dem von der Associated Press verbreiteten Funkbericht aus Buenos Aires heißt es noch nachträglich, daß die „Monte Sarmiento“, ein Schwesterschiff der „Monte Cervantes“, heute von Buenos Aires kommend in Montevideo eingetroffen ist. Sie hat Anweisung erhalten, alle Passagiere zu landen und dann sofort nach Ushuaia weiterzufahren, um die Passagiere der gestrandeten „Monte Cervantes“ an Bord zu nehmen. Die isolierte Lage der „Monte Cervantes“ macht eine Funkschiffverbindung sehr schwierig. Ushuaia ist ein einsamer oder Ort in der Nähe der südlichsten Spitze Südamerikas, bekannt als Strafkolonie wie die Teufelsinsel; es leben hier zahlreiche zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilte Sträflinge. Die letzten Funkberichte besagen, daß auch die Mannschaft am Mittwoch nachmittags die „Monte Cervantes“ verlassen hat, die vermutlich stündlich in Gefahr sei zu versinken.

Ueber die Ursache der Strandung des Motorschiffes liegen bei der Reederei in Hamburg bestimmte Nachrichten noch nicht vor. An Bord des Schiffes befanden sich zur Zeit des Unfalls drei ortsübliche Kisten, die dem Kapitän zur Führung beigegeben waren. Die Aussetzung der Passagiere in die Boote ging in vollkommener Ruhe und Ordnung vor sich. Heute früh ließ die telegraphische Mitteilung ein, daß das argentinische Marineministerium von der Kommandantur in Ushuaia radiographisch über die Hilfeleistung für den gestrandeten „Monte Cervantes“ unterrichtet worden sei. Darnach befanden sich alle Passagiere und Besatzungsmitglieder der „Monte Cervantes“ in Sicherheit. Der argentinische Transporter „Vicente Lopez“ hält sich linksjenseits des gestrandeten Schiffes, um das Gepäck überzunehmen. Den Passagieren wird seitens des Gouverneurs von Ushuaia jede Unterstützung gewährt. Die argentinische Regierung hat an die sich augenblicklich in den Feuerland-Gewässern befindliche Kriegsschiffklotz den Befehl erlassen, sich sofort zur „Monte Cervantes“ zu begeben. Vier Depeschentelegraphen sind bereits bei der „Monte Cervantes“ eingetroffen und haben sich längs des Schiffes gelegt. Die Hilfe und Unterstützung, die dem gestrandeten Schiff sowohl seitens der argentinischen Regierung als auch seitens der Behörden im Feuerland anlässlich des Unfalls gewährt werden, verdienen höchste Anerkennung. Ganz besonders dankenswert ist die Hilfe, welche der argentinische Transporter „Vicente Lopez“ sofort leistete.

Die Katholiken in der Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei hat eine zu über 90 Prozent katholische Bevölkerung. Trotzdem ist es bisher nicht gelungen, die Katholiken im Parlament zu einer Arbeitsgemeinschaft wenigstens in religiös-kirchlichen Fragen zusammenzubringen. Nunmehr hat Monsignore Hlinka, der Vorsitzende der slowakischen Volkspartei, an sämtliche christliche Volksparteien die Einladung zur Bildung eines katholischen Blocks gerichtet, welcher im neuen tschechischen Parlament die katholischen Belange verteidigen soll. Die deutsche und die ungarische katholische Volkspartei haben sofort zustimmend geantwortet; von den Slowaken ging die Initiative aus. Das Antwoortschreiben der tschechischen Volkspartei ließ länger auf sich warten, nun hat aber auch diese zwei Vertreter für die von Hlinka einberufenen Beratungen namhaft gemacht. Diese Beratungen haben nun diese Woche begonnen; ihrem Ausgang, der für die Lage des Katholizismus in der Republik von höchster Bedeutung ist, sieht man mit Spannung entgegen. Die gesamte Geistlichkeit, auch die tschechische, und die höchsten kirchlichen Stellen wünschen dringend das Zustandekommen des katholischen Blocks.

Im Banne der Turbine

Roman von A. Schöneberg.

(Copyright 1929 by Verlag Bechtold, Braunschweig.)

Mit einem Knick fuhr er zusammen und sah, daß der zweite Stuhl an seinem Tischchen mit der rosaroten Stehlampe leer war. Dieses Lämpchen verhielt rotenrote Gestalten. Das Lämpchen lag. Draußen war schmieriger, nasser, kalter Herbst. Die ganze Welt war überhaupt ein schmieriges, elendes Dredfah.

Er stand auf, schüttelte sich wie unter einem Fieberdchauer und tumelte in die Nacht hinaus.

Die Nachricht von Weidenaus Erfindung und der Beteiligung am Herbstrennen drang in weite Kreise, weit über die eigentlichen Radsportler hinaus. Am Vortage des Rennens war in der Südfurde des Abus die Abnahme der Fahrzeuge. Die Herren der Rennleitung sahen dem neuen Fahrzeug mit begrifflicher Spannung entgegen, aber auch eine große Reihe interessierter Zuschauer warteten der Dinge, die da kommen sollten. Sie alle wurden enttäuscht.

Das vorgeführte Fahrzeug machte den Eindruck eines etwas behärrten, schwerfälligen Zweiflers, so wie man ihn bei passender Gelegenheit für einen Läufer oder noch darunter erkennen konnte. Von der Maschine, über die schon Wunderdinge erzählt wurden, besonders hinsichtlich ihrer Schnelligkeit, war weniger als nichts zu sehen. Unter der Kühlerhaube ein glatter Block, das war alles. Nur den Borderradtrieb konnte man konstatieren, doch der war nicht einmal mehr neu. Den hatten andere Fahrzeuge schon längst gezeigt, am Rennwagen sowohl als auch am Gebrauchsfahrzeug.

Die Herren der Kommission machten sich nicht allzu eilfertig und zum Teil heultige Gesichter. Sie zogen die Schultern hoch und beratschlagten untereinander. Zunächst wußten sie nicht recht, in welcher Klasse sie den sonderbaren Menschen mit seinem sonderbaren Gefährt unterbringen sollten. In der Klasse der kleinsten Gebrauchsfahrzeuge oder der großen Rennwagen mit fünf, sechs, sieben Liter Subkolonnen.

Immunitätsaufhebung von nat.-soz. und kommunistischen Abgeordneten

Berlin, 24. Jan. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschloß, die Immunität des kommunistischen Abgeordneten Scheller, dem insbesondere auch Verletzungsbefehl in Reichswehr- und Schulpolizei vorgeworfen wird, sofort aufzuheben. Die der kommunistischen Abgeordneten Kemmle, Maddalena und Ubrich sowie die der nationalsozialistischen Abg. Dr. Gäßbels wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde mit der Maßgabe aufgehoben, daß die Hauptverhandlung nicht vor der Sommerpause des Reichstags stattfinden darf.

Der Ausschuß beschloß ferner, die Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Abg. Ribbenberger mit der Maßgabe zu erteilen, daß die Hauptverhandlung erst in der Sommerpause stattfinden darf.

Das Urteil im Münchner Hitlerprozess

München, 24. Jan. Im Verleumdungsprozess Hitlers gegen die „Münchener Telegrammzeitung“ wurde heute vormittags das Urteil gefällt. Beide Streitparteien wurden zu je 400 Mark Geldstrafe verurteilt, Karl Kabe, der verantwortliche Redakteur der „Münchener Telegrammzeitung“ wegen eines fortgesetzten Vergehens der üblen Nachrede, Hitler wegen eines Vergehens der formalen Verleumdung. In der umfangreichen Begründung spricht das Gericht aus, es unterliege keinem Zweifel, daß die „Münchener Telegrammzeitung“ ihren Artikel im guten Glauben an die Richtigkeit der vom Bevollmächtigten des ehemaligen Kronprinzen übermittelten Informationen geschrieben habe.

(Das Urteil mag dem Münchener Gericht in diesem Fall wieder schwer genug gefallen sein. Wir zweifeln übrigens, daß die Telegrammzeitung sich mit ihm abfinden wird, da die Haltung Hitlers in der Angelegenheit des Prinzen Rupprecht und des Volksbezwehrens durchaus nicht eindeutig war.)

Auch Chicago vor der Pleite

Die Folgen langjähriger kommunaler Nachlässigkeit

Chicago, 24. Jan. Die städtische Behörde, die für die Unterhaltung der Schulden und die Befahrung der Lehrer verantwortlich ist, sah sich gezwungen, eine Anleihe von 15 Millionen Dollars anzunehmen. Die Anleihe wurde gestern aufgelegt, es wurde aber kein einziger Cent gezeichnet. Der Vorsitzende der genannten Behörde erklärt, diese Schwierigkeit sei eine Folge der langjährigen Nachlässigkeit der verschiedenen Stadtverwaltungen in den Finanzfragen. Tausende von städtischen Beamten und Angestellten haben gestern kein Gehalt empfangen. Die Schulden der Stadt sollen sich auf 15 Milliarden Mark (deutsche Währung) belaufen.

Neuer Ozeanflug

Desan, 24. Jan. Die beiden bolivianischen Offiziere Luizaga und Bazquez sind heute vormittags hier um 10.50 Uhr mit ihrer Junkersmaschine von Bremen nach London zu dem beabsichtigten Etappenflug über den Ozean gestartet. Die Bolivianer fliegen zunächst nach Paris. Bis dahin werden sie vom Junkerpiloten Kneer begleitet. Von Afrika aus wird der Ozean überflogen werden.

Weidenau schmeig zu ihrem Hin und Her. Er hatte das Reden in diesen Tagen verlernt. Wochten sie ihn hinstehen, wohin sie immer wollten! Ein zum Spott veranlagter Herr machte den Vorschlag, das seltsame Gefährt in einer Sonderklasse für Pferdebedienten laufen zu lassen. Merkum zu Altkümmern! Außerdem entwickelten die Gasmotore auf dem glatten Asphalt immerhin eine ganz beachtliche Geschwindigkeit. Altkümmers Abwenden und mehr oder weniger verhaltenes Grinsen war die Antwort. Weidenau kam der Sohn nicht einmal zum Bewußtsein, so geistesabwesend stand er allen Ereignissen gegenüber. Er fand auch nichts dabei, daß ein anderer Herr widersprach: Unter diesen Umständen bliebe die Turbine im Alleingang und würde auf diese Art sogar Sieger.

Der Erfinder war damit zufrieden, daß man ihn in die Klasse der großhübrigen Rennwagen einreichte. Er hatte ja damit gerechnet. Sein Widerpruch erwachte erst, als er das abgenommene Fahrzeug bis zum Beginn des Rennens unter Verschluss zurücklassen sollte. Nein, das war auf keinen Fall möglich! Seine Erfindung zwanzig Stunden lang in anderen Händen! In dieser Zeit montierte man sie bequem ab, und nächste Woche waren ein halbes Duzend Leute daran. Verrennungskurbinen zu bauen. Natürlich mit der Versicherung, daß ihre Erfindung mit der Weidenau-Turbine nicht das geringste zu tun habe.

Die Herren lächelten nachsichtig über den armen Karren, dem offensichtlich das bekannte übliche Erfinderschicksal schon zuteil geworden war: über seiner verbotenen Idee verrückt geworden! Man nichte ihm nachsichtig Gemächlichkeit zu, so wie man einem hoffnungslos Kranken jede Bitte erfüllt. Die weltbekannte Berliner Jungenzeitung bemühtigte sich im Hintergrunde der Jaungüte der Angelegenheit. Rufe wurden laut: „Wind dir deine Himmelstaxirolle doch als Krampflese vor!“ oder „Kaf uff, Wännefen, det dir keen Dejen-schluder bejegenet, der det Dings verdauen könnte!“

Der Tag des Rennens kam. Graf Hohenhausen zeigte sich in strahlender Zuerst. Immer wieder versüßerte er Weidenau, daß er die vorgegebenen Kunden in der halben Zeit zurücklegen würde.

Weidenau empfahl ihm dringend die möglichste Schonung des Wagens, vor allen Dingen hat er ihn nicht schneller zu fahren, als unbedingt notwendig. Er selbst fühlte sich zu elend, daß er nicht mitfahren konnte. Außerdem wollte er

Die Bad. Justiz im Haushaltsausschuß

Karlsruhe, 23. Jan. Im Haushaltsausschuß begannen heute die Beratungen des Voranschlags des Justizministeriums. Der Abg. Dr. Wolfhard erstattete einen eingehenden Bericht über die Anforderungen. Er anerkannte den äußerst sparsamen aufgestellten Haushaltsplan, der leider auch personelle und sachliche Einsparungen nötig mache. Der Herr Minister betonte, daß die gesamte Finanzlage des Staates Sach- und Personalausgaben auf das dürftigste zusammenbränge und daß man erlögen müßte, ob nicht kleinere in der Nähe voneinander gelegene Amtsgerichte durch einen Richter für je zwei Gerichte besetzt werden könnten, um dadurch ungefähr 8 Richter einzusparen. Seitens eines Zentrumsabgeordneten wurden hiergegen Bedenken erhoben.

Ein Lob erhielten von sozialdemokratischer und Zentrumsseite die Arbeitsgerichte, deren Tätigkeit als sehr gut und außerordentlich befriedigend anerkannt wurde. Ein Redner der Deutschen Volkspartei wandte sich scharf gegen die Arbeitsgerichte und erklärte, daß sie bei den Landarbeitern verheerend gewirkt hätten. Der Arbeitgeber finde keinen Schutz, deshalb sei es zwecklos, bei den Gerichten zu erziehen. Als ein Zentrumsabg. darauf hinwies, daß die Arbeitsgerichte einen derartigen Tadel nicht verdienen, und daß die gerügte Rechtsprechung im Geseß begründet sei, erklärte der Redner der Deutschen Volkspartei, daß sein Angriff nicht den Gerichten, sondern der Gesetzgebung gelte. Der Tätigkeit des früheren Justizministers Dr. Trunt wurde von volksparteilicher und anderer Seite anerkennende Worte gewidmet. Für den Abbau kleinerer Arbeitsgerichte und zweier Landarbeitsgerichte setzte sich ein Redner der sozialdemokratischen Fraktion ein. Ein Zentrumsredner anerkannte, daß gewisse kleinere Arbeitsgerichte im Interesse der Kostenersparnis für die Parteien mit anderen günstiger gelegeneren Arbeitsgerichten verbunden werden könnten. Ein klein wenig Kulturkampf schimmerte auch bei der Beratung insofern durch, als ein Gericht in einem Ehescheidungsprozeß den Sübtermin davon abhängig machte, daß die Parteien das Religionsbekenntnis angeben sollten. Ohne Schaden für die Beratung hätte diese gerade nicht wichtige Sache unterbleiben können.

Der deutsche Höhenflugrekord bleibt bestehen

Paris, 24. Jan. Der Sportschuss des französischen Aeroclubs hat den französischen Höhenrekord nach Nachprüfung der Meßinstrumente bestätigt, den der Flieger Lemoigne am Samstag aufgestellt hat; er erreichte 11 797 Meter. Der frühere französische Höhenrekord von Sadi Lecointe betrug 11 145 Meter. Der Weltrekord, den der deutsche Flieger Reutenhagen mit 12 789 Meter aufgestellt hat, ist demnach nicht geschlagen worden.

Beräubung einer Amtskasse

Altenstein, 24. Jan. Der Amtsvorsteher des Dorfes Stabigotten ist gestern Abend gegen 8 Uhr in seiner Wohnung von einer Bande maskierter Männer überfallen worden, die ihn mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe der etwa 7000 Mark enthaltenden Amtskasse zwangen. Während eine Gruppe sich des Dienstupersonals bemächtigte und eine andere die Räume nach Waffen und Geld durchsuchte, hielten drei maskierte Amtsvorsteher und seine Frau in Schach. Die Telefonleitung war zerschritten worden, um einen Hilferuf unmöglich zu machen.

ihm die allgemein üblichen Zeichen geben: einen roten Pfeil für die Bedeutung „schneller“, die schwarze Scheibe: „Vorsprung genügend groß, Maschine schonen!“ und ein Kreuz, wenn der Fahrer die Geschwindigkeit beibehalten sollte.

Zitternd unter verhaltener Kraft warteten die Hundertpferdigen voll brodelnder Ungebuld auf das Startzeichen. Endlich fiel es. Das Rennen begann. Heulend tobten die Kompressorwagen davon. Gemächlich, als ginge es zu einer Spazierfahrt nach Wannsee, folgte auch die Weidenau-Turbine gemächlich die Bahn entlang, den anderen nach. Das zahlreiche Publikum verharzte laufflos. Scheinbar war man so erstaunt, daß man noch nicht wußte, ob man lachen oder schelten wollte. Es war so, als wenn jedem mitten im Erstaunen der Mund offen stehen geblieben wäre.

Da kam die Lösung der Spannung. Ein Spokvogel hatte sich eines Megaphons bemächtigt und brüllte hinter dem Fahrzeug her: „Fahr zu Mutter Schultheit und laß dir'n Buddel Kaffee kochen, süßes Schneeflein!“ Ein dröhnender Lachsturm erschütterte die Tribünen. Jedem Besucher war das Weinrestaurant Schultheit am Ende der Abus bei Wannsee bekannt.

Weidenau lehnte, in einen alten Mantel gehüllt, von niemand beachtet, an einer Wand. Zrogenwo bei den Ertragreihohen war es. Er war krank, körperlich krank. Im Fieberfrost schlagen seine Zähne klappernd aufeinander. Mit Gewalt mußte er die Kiefer zusammenpressen. Der entleerte langsame Lauf seiner Turbine verstärkte seinen jämmerlichen Zustand. Er wußte ja, wie langsam seine Turbine lief, fante ihre geringe Anfangsgeschwindigkeit, wußte auch, daß dieser Erreichung bei der Länge der zu fahrenden Strecke — zwanzig Kunden, circa vierhundert Kilometer — feierliche Bedeutung beizulegen war. Und dennoch dünkte es ihn eine Ewigkeit, bis das Turbomobil halbwegs in Fahrt kam.

Die Rennwagen waren zweimal um die Bahn, ehe die Turbine wieder erlösch, umtobt von Johlen, Brüllen und Lachen. Aber die Geschwindigkeit, mit der es an den Tribünen vorbeizog, lag nur wenig unter dem Durchschnitt der schwächeren Klassen. Von Runde zu Runde wurde der Spott der Zuschauer verhaltener und verstumte in der vierten Runde ganz. Die Turbine begann, die langsameren Wagen zu überholen.

(Fortsetzung folgt.)

Ein neuer Savonarola?

Es ist gerade nichts Neues, daß katholische Priester und Theologen gewissen Blättern dann besonders bemerkenswert werden, wenn sie aus irgendwelchen Gründen mit ihrer kirchlichen Behörde zusammenstoßen oder gar geschaltet werden. Die liberale und sozialistische Presse aller Schattierungen entdeckt dann gewöhnlich, daß es sich um ganz besonders wertvolle und unabhängige und edle Apolitel einer Menschheitsfrage handelt, die natürlich den rückschrittlichen und verkehrten kirchlichen Obern eben darum sich verhaßt machen. Der neueste Fall ist der des Dr. Johannes Ude, Moralprofessor an der Grazer theologischen Fakultät. So mußte schon vor einigen Tagen die „Kölnische Zeitung“ unter der Schlagzeile „Kurie und Politik“ zu vermelden, daß die Maßregelung Dr. Ude's auf Verlangen seines grimmigen persönlichen Gegners Prälat Seipel erfolgt sei, der sich des unbequemen Gegners der christlichsozialen Politik nicht mehr anders zu erwehren wußte, und ebenso veröffentlichte die Frankfurter Zeitung, daß in Dr. Ude eine tiefreligiöse Natur, ein mutiger Mann mündot gemacht werden mußte, weil er die Ironie Seipel'scher Politik nicht mitmachen wollte.

Die Melodie, die von unierer liberalen und freisinnigen Großpresse hier noch verhältnismäßig gedämpft vorgetragen wird, singt der Chor der ausstromaristischen und austro-liberalen Zeitungsschreiber im stärksten Fortissimo. Dazu wußte der Hintermann des Grazer Tagblattes, des Organs des Landbundes, und sein Blättergefolge noch von einem dramatischen Auftritt zwischen dem ebl-n Priester Ude und seinem Fürstbischöf Dr. Pawlitschok zu berichten, der ungefähr so verlauten sei, wie einstmals die Schlusssprüche eines löblich bekannten Inquisitionstribunals. Dialog zwischen dem ebl-n und b-herrschten Professor Ude und dem vor Wut überstürmenden Fürstbischöf mit dialektalem Kragen und blauem Amethystkragen, Schlusstableau mit bengalischer Beleuchtung, in dem Ude seine ganze Geistes- und Herzensgröße zeigt, indes der Bischof in bestigter Weise über seinen Priester herfällt, ihm die Unterchrift eines Protokolls aufzwingt, um ihn dann mit den Worten: „Schauen Sie, daß Sie weiter kommen!“ moralisch vor die Tür zu werfen.

Man sieht: Inquisitionstribunals nach besten Mustern. Schade nur, daß der Bericht ein wenig gefärbt und zur Erhöhung der Wirkung mit einigen ausgesetzten Schlaglichtern verziert wurde. An der Sache ist jedoch wahr, daß tatsächlich Dr. Ude die Predigerlaubnis entzogen und ihm, wozu die für jeden Priester verbindlichen Canones die kirchliche Behörde berechtigen, das Verbot öffentlicher Betätigung auferlegt wurde. Auch mit der Audienz Dr. Ude's beim Fürstbischöf von Sedau hat es seine Richtigkeit, nur daß sie nicht ganz so verlief, wie die Raucher auf der Hintertreppe, die den Bericht ins Grazer Tageblatt brachten, sie gesehen und gehört haben wollen. Dies haben das Grazer Ordinariat und ebenso Dr. Ude selber im Grazer Volksblatt ausdrücklich festgestellt. Besonders der dramatische Sinauswurf Dr. Ude's geschah nur in der Reporterphantasie; in Wirklichkeit hat sich der Fürstbischöf von seinem Priester verabschiedet, wie dies bei gebildeten Menschen auch nach ernstlichen Auseinandersetzungen üblich ist.

Zur Sache selber noch folgendes: Professor Ude, dessen ehrliche Gesinnung hier gewiß nicht in Zweifel gezogen werden soll, gehört zu jenen auch bei uns heute nicht allzu seltenen Gestalten von Lebens- und Sozialreformern, die in ihrem „Wahrheitsfanatismus und Redlichkeitsfollen“ vor feiner Verallgemeinerung und Uebertreibung zurücktreten und so oft genug zur Kraft werden, die das Gute will und das Böse schaff. Derartige Uebertreibungen Dr. Ude's in Schrift, Predigt und öffentlicher Rede boten auch den Anlaß zu dem Vorgehen seines Fürstbischöfs, das übrigens nicht von diesem allein ausgeht, sondern von der gesamten österreichischen Bischofskonferenz als notwendig erachtet wurde. Bekannt ist Dr. Ude's hyperbolische Stellung zur Alkohol- und Nikotinfrage, die ihn noch jüngst zu einer unziemlichen Kritik an Kuntius Bacelli verführte, seine Einstellung zur Bekämpfung der Prostitution und ähnliche Fragen, bei deren Erörterung er mehrfach in offensbaren Gegensatz zu kirchlichen Lehren geriet. Bekannt ist auch die Schärfe, mit der er gegen mehrere Beschlüsse der österreichischen Bischofskonferenz öffentlich auftrat. Den letzten, wenn auch nicht einzigen Grund für seine Maßregelung gaben gewisse Artikel im lattam bekannten „Neuen Volk“, die zwar nicht von Professor Ude selbst verfaßt worden sind, wohl aber Gedanken seines Ideenreiches wiedergeben und von ihm auch inhaltlich vor dem Fürstbischöf voll vertreten wurden: hier finden sich Behauptungen wie jene, daß die häuflige Kommunion im Sinne Bis X. darum so wirkungslos für die geistige Erneuerung aeblichen sei, weil Priester und Laien wegen der Vernachlässigung ihrer sozialen Pflichten und der christlichen Liebestätigkeit vielfach unwürdig gelebrierten und kommunizierten, daß derartige Behauptungen in ihrer Allgemeinheit nicht nur unanrecht und verlebend sind, sondern geradezu das Vertrauen des Volkes in seine aeftigen Führer untergraben müßten, dürfte einleuchten; damit aber auch die Folgerung, daß die kirchliche Behörde solcher vielheit auf gemeinter, aber in ihren Wirkungen verhöhnendvoller Wählbarkeit halt aebieten muß. Dr. Ude, den seine zahlreichen Anhänger den Prediger der Charakterstärke nennen, ist durch die Maßregelung gewiß eine schwere aber nicht unverdiente Prüftung auferlegt. Wir können nur hoffen, daß er, der stets Ueberrinduna und heroisches Entfassen lebrt und fordert sie in Ehren bestehn nicht nach den Auffassungen jener die ihn einst verlockten und heute als Vorkämpfer gegen die clerikale Unduldsamkeit auf den Schild erheben, sondern nach dem allein gültigen Ehrenkodex des Katholiken und Priesters.

Baden Der Dank

In der „Deutschen Republik“ Nr. 17 schreibt Werner Thormann zu den tendenziösen Entstellungen, die sich der nationalsozialistische Journalist Adolf Brandt in der Eugenbergr-Presse gegenüber der Tätigkeit des Ministers der besetzten Gebiete Dr. Wirth erlaubte:

„Der Dank? Die deutschen Unterhändler kommen aus dem Haag mit einem positiven Resultat ihrer Bemühungen nach Hause. Das genügt, sie für unsere Nationalrevolutionäre zu „Landesverrätern“ zu stempeln. Vor allem Dr. Wirth hat man die Energie, mit der er um die erträgliche Lösung der Sanktionsfrage gerungen hat, schwer verdacht. Und so geht es, wie es seit Compiègne jedem deutschen repu-

blikanischen Politiker gegangen ist, der das Menschenmögliche für sein Vaterland getan hat. Die übelste Gege ist entfesselt. Adolf Brandt, der Saager Berichtstatter der Eugenbergr-Presse hat das traurige Verdienst, mit seinen Tendenzmeldungen das meiste dazu beigetragen zu haben. Er hat sich von Dr. Wirth bei einer Pressekonferenz der deutschen Delegation eine ernste Zurechtweisung gefallen lassen müssen und überdies vom Reichsaugenminister erfahren, daß es auch in der Sanktionsfrage zwischen den deutschen Ministern keine Meinungsverschiedenheit gibt und gegeben hat.

Die Gege wird trotzdem weitergehen. Denn es handelt sich ja nicht um die Sache. Ein republikanischer Politiker soll discreditiert werden, da vstegt man in der Wahl der Mittel nicht bedenklich zu sein. Es ist ganz zwecklos mit den Vorkämpfern der Eugenbergr-Gitlerfront über die positiven Aufgaben einer Opposition zu diskutieren. Denn der Staat, dem sie auf diese Weise und in ihrer Art dienen könnten, ist ja nicht ihr Staat (obwohl sie seiner Ranamt ihre politische Existenz verdanken) und sie wollen lieber, daß der heutige Staat der Deutschen zerstört, als daß dem deutschen Volke durch diesen Staat und sein politisches System das Erbe des verlorenen Krieges erleichtert werde. Sie führen einen brutalen Machtkampf, für den es kein nationales Interesse gibt. Sie werden den Vertretern der deutschen Republik, wo sie auch immer mit dem Ausland zu verhandeln haben, ihr Werk jederzeit nach Möglichkeit erschweren. Diese Situation muß man klar sehen. Für eine deutsche Staatspolitik fällt unsere „nationale Opposition“ einfach aus.“

Die libera-demokratische Arbeitsgemeinschaft für Baden

wird in der „Köln. Ztg.“ Nr. 44 vom 23. Januar in einem Artikel „Schwarz und Rot“ aus Karlsruhe angelegentlich auch für die Erneuerung der Gemeindevahlen im Herbst empfohlen. Der Zusammenhang, in dem das geschieht, ist bemerkenswert. Es ist in dem Artikel von dem möglichen Rücktritt Dr. Schöfers „auch von der Führung der Partei“ die Rede. Für diesen Fall — so heißt es in der „Köln. Ztg.“ — wird er doch als „Sinterfrontmarschall“ nicht ohne Einfluß auf die badische Politik bleiben. Und dieser Einfluß wird sich vermutlich in einem Sinn auswirken, der seinem Nachfolger das Arbeiten für liberale Tendenzen nicht erschweren wird.“ Und dann fährt der Artikel unmittelbar fort:

Gegenüber diesen Möglichkeiten und Gefahren ist erfreulich die Feststellung, daß die li-

beral-Demokratische Arbeitsgemeinschaft auch in der Landtagsdebatte der letzten Woche warme Fürsprache gefunden hat. Bis jetzt ist das Experiment geglückt, und die Tatsache, daß da und dort im Land schon Vorstöße sowohl aus der Demokratischen wie aus der Liberalen Partei und aus Kreisen der Wirtschaftspartei für ein Zusammengehen der freiheitlich gesinnten, nichtsozialistischen Mitte gemacht werden, läßt eine weitere gedeihliche Gemeinschaftsarbeit erwarten. Baden wird im Herbst dieses Jahres seine Gemeindevertretungen neu zu wählen haben, vielleicht unter einem umgestalteten Gemeindeverfassungsrecht in Anlehnung an das bayerische Muster. Bis dahin bleibt den genannten Richtlinien noch genügend Zeit zur Klärung von Gegenfälligkeiten und zur Klärung von Gegensätzen und zur Vertiefung und Verwirklichung der Erkenntnis der Zusammengehörigkeit.

Hier ist also sowohl der Umfang der geplanten Einigung als ihre hauptsächlichste Aufgabe kurz skizziert. In Betracht kommen die Anhänger der Deutschen Volkspartei, der demokratischen und der Wirtschaftspartei; vielleicht haben auch liberale Bauernparteieller Interesse. Zweck und Aufgabe ist ein Antizentrumsblock zum Kampf gegen das, was man in der „Köln. Ztg.“ vorsichtig aber für uns nach den Erfahrungen der Vergangenheit abolut unmissverständlich „kerikale Tendenzen“ nennt. Bekanntlich hat der Liberalismus in Kulturkampf niemals die katholische Kirche, sondern ebenfalls nur „ultramontane oder kerikale Tendenzen oder Uebergriffe“ bekämpft. Die Folge war die Kulturkampfgegebung gegen die katholische Kirche in Preußen, wie in Baden, die soviel Unheil über uns Deutsche gebracht hat und dann allmählich abgebaut werden mußte, weil die Aufgaben, die allüberall im deutschen Staatsleben zu lösen waren, nicht einen Kampf aller gegen alle, sondern ein Zusammenwirken aller politisch positiven Kräfte erforderte. Heute liegt diese Notwendigkeit noch in viel stärkerem Maß vor als in den 70er und 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts; denn damals hatten wir einen Krieg gewonnen und heute haben wir einen Krieg mit unendlichen Opfern verloren. Unter diesen Umständen ist es natürlich sehr zu beachten, daß die vorläufige Einigung des Liberalismus lt. Köln. Ztg. auf dem Boden der Bekämpfung der „kerikalen Tendenzen“ erfolgen soll. Man glaubt also offenbar in nicht so einig zu sein, wie gerade in den Fragen, um die es sich auch im Kulturkampf handelte. Das muß man ja im Liberalismus selber am besten wissen. Ob allerdings heute die Wählerchaft mit derartigen Zielen besonders stark an die Wahlurne zu bringen ist, möchten wir wirklich bezweifeln. Jedenfalls brüht heute der Schuh wo anders und wer die Einigung des Liberalismus auf diesem Weg erreichen will, der scheint uns von vornherein sehr genüßig zu sein: große Wählermassen bringt man mit

Wochenplauderei

Vapageien-Krankheit / Die Anzertrennlichen / Ein Riesenskandal / Praktisches Mosaik

Daß in-unserm demokratischen Zeitalter die Vapageienkrankheit erst so recht entdedt wurde, wen kann es wundern? Im wohlbehüteten König der öffentlichen Meinung hat das Geschlecht der Nachplapperer in der Lat seinen ewigen Sonntag gefunden. Bei den Jungen wird diskutiert und bei den Alten, im Parlament und in der Schule. Und immer redet einer es dem andern nach, bis die Vapageien auf allen Aesten lebendig werden. Die Vapageienkrankheit ist übrigens schon alt. Jene Pädagogen, die in der Schule alles auf reine Plappererei des Gedächtnisses stellten, litten op ihr. Jene Politiker, die überhaupt nicht nachdenken, sondern immer das alte Lied vom Zeitgeist, dem man gehorchen dienen müßte, daherschwätzen, leiden noch heute daran. Auch jene sind angesteckt, die ihrem Nabejournal nachplappern, was denn guter Geschmack sei. Das Evangelium von der sogenannten Freiheit der Kunst wird von Vapageien weitergezeugt. Die neuen Lehren der Sittlichkeit, die ihre eigenen Urheber nicht glauben, halten sich nur, weil es Vapageien genug gibt, die das ohne Unterlaß wiederholen. Das Eigentümliche beim Vapageien ist, daß sein starker Schmel beweglich am Kopfe befestigt ist. Es ist so der Vapagei recht eigentlich die Emanzipation des Schmel, von der Vernunft, die Unabhängigkeitserklärung des Schmel, die Souveränität des Maales an sich. Große Dichter sind die Souveränität der Vapageien in der literarischen Kritik über die ganze Welt hin verpflichtet, bei bedeutenden politischen Aktionen ist es von größter Wichtigkeit, die nötigen Vapageien bereit zu haben, und schließlich bleibt Schacht oder bleibt Schacht nicht, je nachdem er oder seine Gegner sich rechtzeitig um die Relation bei den Vapageien der öffentlichen Meinung bemüht haben. Dabei habe ich noch gar nicht gesprochen von den Aerzten, die es in Zukunft leichter haben werden mit den Diagnosen. Man braucht jetzt in Fällen, wo man nichts weiß, nicht immer zu sagen, es sei ein Grippebazillus, sondern man nennt es einfach Vapageienkrankheit. Ueberhaupt kann das bekannte Karndel, das man immer suchen muß, wenn etwas in der Welt schief gegangen ist, heute durch den Vapageien erjert werden. Der Junge, der sitzen bleibt, das Mädel, das abends nicht nach Hause kommt, der Mann, der davonlaufen möchte, die Frau, die es nicht mehr aushält, sie haben einfach die Vapageienkrankheit, und so ist alles erklärt. Jeder Bankrott, jede schlechte Bilanz, es kommt alles vom Vapageienbazillus, dessen Säufigkeit ja nicht auffallen kann in einem Zeitalter, das der Fortpflanzung der Vapageien so günstig ist. Um übrigens noch etwas Gutes von dem geschwätzten Tier zu sagen, so gibt es eine Gattung die man die „Anzertrennlichen“ nennt, weil nämlich die Vapageien so schön zusammenhalten. Wenn künftig im Reichstag noch einmal von Ehescheidung die Rede sein sollte, so kann man einen Vogelbauer mit einem solchen Käfig dabei aufstellen, was auch allen jenen Gatten empfohlen sei, die heute nicht mehr so friedlich-niedlich nebeneinander sitzen wie im ersten Venz. Seht ihr nicht, ihr Vapageienhändler, wie ich hier für eure Interessen eintrete? Liegt hier nicht wirklich ein Bedarf vor? Stellt also die „Anzertrennlichen“ nur recht vorn und sichtbar ins Schaufenster. So wird der Vapagei alles wieder gut machen, was er angeachtet haben soll.

Zwischen blieben also die Schneeglöckchen im Haag, und der Goldfisch flieht. Als ich das alles las, lag neben mir das neue Buch mit dem Titel „Generäle, Händler und Soldaten“ das im Frundsberg-Verlag in Berlin erschienen ist und sicherlich nur in einem Bruchteil der Presse besprochen werden wird. Es müssen nämlich alle die schweigen, die mit jenem unbekanntem Händler so oder so in Verbindung stehen, von dem in einem der Kapitel die Rede ist. Es ging ja schon etwas darüber durch die Presse und ich meine, man

sollte dieses Kapitel überall als Feuilleton drucken. Es behandelt die Tatsache, daß England während der ersten Jahre des Krieges über Dänemark und Schweden einen außerordentlich schwinghaften Handel mit Deutschland betrieben hat. Interessant, nicht wahr? Diese Unbekannten in der Londoner City haben dem englischen Soldaten an der graustigen Sperrfront gesagt, man könne Deutschland zwar nicht im Felde schlagen, aber man könne es aushungern und zermürben. Zur gleichen Zeit, in der sich also ob solcher Votschaft Hunderttausende totschließen ließen, haben sie dann ihr Geschäft mit dem Feinde gemacht, wofür wir sogar englische Flugzeuge haben. Da sie auch Baumwolle und überhaupt Stoffe lieferten, die zur Munitionsfabrikation verwendet werden konnten, so haben sie buchstäblich also die Waffen nach Deutschland geschafft, die ihren eigenen Soldaten den Tod brachten. Die Summe des Gelieferten ist so hoch, daß man ruhig sagen kann, es wäre der Krieg ohne diese Händler zwei Jahre früher zu Ende gewesen. Vergleichen las man bisher nur bei den Kommunisten, es ist aber gut, daß gerade auch die bürgerlichen Kreise es wissen. So sieht die Welt aus, und das ist ein Stück von jenem Moralismus, das nicht nur das siebente Gebot droht, sondern auch das sechste, die Ehe usw. Es ist einfach das Evangelium des Profits und des größtmöglichen Genusses. Diese Leute sind es, die heute die Kommunisten unterstützen und morgen die Nationalsozialisten — auf die Namen kommt es nicht an. Sie sorgen mit ihrem Geld dafür, daß immer die arme Menschheit in Krieg und Schack bleibt. Zudem sie beide Parteien gegeneinander auspielen, leben sie selbst gesichert und in Freuden.

So viele Briefe liegen da vor mir, schon seit Neujahr, ich kann sie nicht alle persönlich beantworten. Wie soll ich das auch anfangen, diesem eine Stelle betorgen und jenem, und erst die komplizierteren Fälle, etwa einen armen Verwandten aus dem Irrenhaus retten, in das ihn die Niedertracht der Verwandten bei der Erbschaftsverteilung gebracht hat. Das Schlimme ist, daß man man bei solchen Anlässen nicht urteilen kann, ehe man nicht die andere Seite gehört hat. Schon wollte ich mich jenes Arbeitslosen annehmen der für ein kleines Vergehen ins Gefängnis wandern sollte, weil er nicht zahlen konnte — da lese ich in der Presse, daß die Sache doch etwas anders war. Zudem weiß ich von vielen Beamten, die in der Justiz arbeiten, wie man da doch kein Unmensch sein will. Immerhin zeigen mir so und so viele Fälle, daß man gerade heute, wo es so viele Schulte gibt, die alles ausnützen — ich denke an jenen, der die Arbeitslosenversicherung in der Hand hatte und dessen erste Sorge es war, die eigene Frau nach unbekanntem Methoden „arbeitslos“ zu machen um ihr so die Unterstützung zuwenden zu können — doppelt darauf achten muß, daß nicht gerade der Unschuldige die Härte des Gesetzes spüre, der Unschuldige und der kleine Mann, der nicht die Mittel hat, wie jene Unbekannten aus der City von London, die wahrscheinlich noch heute ihr europäisches Vandalenhandwerk treiben. Selbst für die Kirchensteuer gilt das. Jrgendwo sollte neulich ein Loter noch diese Steuer zahlen, obgleich der Todesfall mitgeteilt worden war. Nun, das kann vorkommen. Als aber die Sache richtiggestellt war, da erichien — natürlich durch das Versehen einer nachgeordneten Stelle — noch einmal der gleiche Steuerzettel mit dem Vermerk: „Kirchensteuer todeshalber für ein Jahr erlassen.“ So wird man also noch die Auferstehung der Toten beleuchten, damit sie wieder Steuerern zahlen können. Als Petrus davon hörte, hat er listig gelächelt, dem getreuen Amtsdirektor ein wenig auf das Fell geklopft und gesagt: „Hier oben hast du wirklich nichts verloren und halt dich auch da unten anständig von meinen Amtsstuben fern.“ So traurig ist die Welt, und so lustig.

Badische Chronik

diesem alten Kulturkampfprogramm bei uns nicht auf die Seine, sonst müßte z. B. die Demokratie in Baden, die heute sich in ihren politischen Entscheidungen mehr und mehr ganz einseitig vom Programm des liberalen Lehrervereins bestimmen läßt, ungeahnte Ausichten haben. In Wirklichkeit wirtschaftet sie sich aber von Wahl zu Wahl politisch immer mehr herunter. Andererseits zeigt die Erfahrung, daß das Zentrum bessere Ausichten hat, je mehr der Liberalismus seine Kulturpolitik in den Vordergrund stellt.

In jedem Fall aber muß man auf unserer Seite die Abhaken des Liberalismus im Auge behalten. Auch Abg. Matthes hat in Emmendingen jüngst von der beabsichtigten liberalen Arbeitsgemeinschaft bei den Gemeindevahlen im Herbst gesprochen. Und die R. Bad. Landeszeitung hat anscheinend viel Verständnis dafür. An sich wäre es ja politisch betrachtet gar nicht zu verwerfen, wenn es dem Liberalismus gelänge, aus Splitteln, die doch zum größten Teil aus seiner Masse stammen, wieder eine größere Einheit herzustellen. Unter Parteileben leidet ja schwerer unter der Zersplitterung. Aber die Idee, diese Einigung auf dem Boden herzustellen, der in der Köln. Ztg. angebeutet wird, halten wir für verfehlt sowohl im Interesse des Gesamtvolks als in dem des Liberalismus selber. Besteres kann uns allerdings fast lassen, ersteres aber nicht.

Vorabrechnung

Bei der Beratung des Voranschlags über den Landtag überlegten die Mitglieder des Haushaltsausschusses mit beachtenswertem Eifer, wie man da und dort sparen könnte. Es wurden eine Reihe von praktischen Vorschlägen gemacht und schließlich der Antrag auf Strich von 68 000 RM. bei der Position: Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten angenommen. Nebenbei bemerkt, beziehen die 88 Mitglieder des Badischen Landtags ungefähr genau so viel Däten im Jahr, wie der Herr Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht allein an Gehalt jährlich bezieht, ohne die Neben-einkünfte, die diese Stellung noch mit sich bringt. Die Kosten der deutschen Parlamente, verglichen mit den Gehältern einiger Bankkapitäne und Verwaltungsaufwände einiger Syndikate und Trübs, sind lächerlich gering, trotz allem Geschrei, das man in der Öffentlichkeit über die teuren Parlamente erhebt. Trotzdem muß man verlangen, daß im Landtag gespart wird, wo es möglich ist. Unter dem sachlichen Aufwand machen die Druckkosten den größten Betrag — 92 000 RM. aus.

Bei der Beratung dieses Titels sprach man auch über die Notwendigkeit u. Zweckmäßigkeit der stenographischen Berichte und gedruckten Protokolle. Bei dem Dafür und Dagegen meinte der Vertreter der Deutschen Volkspartei, das Vorhandensein der stenographischen Berichte habe auch den Nachteil, daß man später keine eigenen Ausführungen vorgehalten bekommt, in einem Zusammenhang, wo es einem nicht einmal angenehm ist. An diese Ausführungen wurde der Vertreter der Volkspartei am gleichen Tage im Plenum erinnert, bei der Debatte über das Bürgerchaftsgesetz. Im Zusammenhang mit der Frage der Rationalisierung der badischen landwirtschaftlichen Organisationen hatte Dr. Matthes in der Sitzung vom 14. Dezember 1928 sehr interessante Ausführungen über die Gründe der Zersplitterung der landwirtschaftlichen Organisationen gemacht. Er hat darauf hingewiesen, daß Parteipolitik im Interesse der Deutschnationalen und des Landbunds bei den starkruher Organisationen die Einigung erschweren würde usw. An diese Rede hat ihn der Abg. Sed. erinnert, als Dr. Matthes gar zu sehr über Bauernvereine und Zentrum polemisierte. Es war dem Herrn Dr. Matthes sichtlich ungemütlich, die Ausführungen von damals im stenographischen Bericht wörtlich zitiert zu hören, denn damit waren seine schneidigen Angriffe mit der Waffe zurückgewiesen, die er geschliffen hatte. Ob man daran schon im Haushaltsausschuß gedacht hat?

Am den Fortbestand des Heidelberger Theaters

Heidelberg, 24. Jan. Die Stadtverwaltung hat an den Heidelberger Obmann der Baugenossenschaft ein Schreiben gerichtet, in dem sie mitteilt, daß über die Frage der Weiterführung des Stadttheaters erst in der Voranschlagsberatung entschieden werde und daß deshalb auch die Neuanschaffung des Personals erst nach dieser Entscheidung erfolgen könne. Die Stadtverwaltung will sich damit sichern für den Fall, daß große Einschränkungen beschlossen werden sollten, und man hält die Fortdauer eines jährlichen Zuschusses von 650 000 Mark für das Stadttheater (d. i. der Höchstjah pro Kopf in Deutschland) für unmöglich. Andererseits wünscht die Bevölkerung einen Mittelweg, weil sie eine Schließung des Stadttheaters für ebenso unmöglich hält.

Destringen (Bruchsal), 24. Jan. (Rohheit.) Mittwoch Nacht geriet der 44jährige Tagelöhner Ludwig Simbel mit jungen Leuten im Wirtshaus in Wortwechsel. Sie stellten ihn auf dem Nachhauseweg und mißhandelten den Mann derart, daß er mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos liegen blieb.

Huttenheim, 24. Jan. (Beerdigung.) Unter großer Beteiligung von hier und auswärts wurde der seit 5 Jahren in Ruhestand lebende Hauptlehrer Hermann Weber beerdigt. 43 Jahre war er an der Erziehung der Jugend mit großem Können und starkem Willen tätig. Rektor Eschlein-Waldhörn rühmte in herzlichen Worten das schöne Verhältnis des Verstorbenen mit Schülern und Kollegium und brachte mit der sinnigen Blumenrede von der Stätte seiner 30jährigen Tätigkeit auch die letzten Grüße von den Waldern und Höhen des Odenwalds. Bürgermeisterstellvertreter von Waldhörn sprach Dankesworte im Namen der Stadt. Oberlehrer Schneider-Huttenheim legte im Namen der hiesigen Lehrerschaft eine Blumenrede ans Grab in der Heimat. Weit bekannt war der Sohn der Rheinebene im Odenwald auch wegen seiner vorbildlichen Bienenzucht und seines goldenen, schlagfertigen Humors. Nun ruht er, der seine letzte Station der Schulität auch zur Grabesruhe ausersehen hatte, in der Heimatruhe nächst des taufenden Rheines, da der Tod ihn auf der Rückreise von Baden-Baden nach Waldhörn ihn unvermutet im Elternhaus überraschte. Schulfürher und Männergesangsverein boten Trauerweisen dem Sohn des Bräunners zum Abschied.

Familiendrama

Mannheim, 24. Jan. Die 30 Jahre alte Ehefrau eines Angestellten namens Nagel wurde seit Mittwoch morgen mit ihren drei Kindern vermißt. Die Leiche der Frau wurde nun in dem nahe der Seidenheimer Eisenbahnbrücke gelegenen Weiher gefunden. Der Weiher wurde nun weiter abgegräbt, da man vermutet, daß die Frau ihre drei Kinder ebenfalls ertränkt hat. Die Nachforschungen waren jedoch bisher ohne Erfolg. Die Kinder, zwei Mädchen und ein Knabe, stehen im Alter bis zu 10 Jahren. Ueber den Grund der Verzweiflungstat ist bis jetzt nichts bekannt geworden.

Schönwald, 24. Jan. (Schwarzwald-Jugendmeisterschaft.) Die Schwarzwald-Jugendmeisterschaft, die zum ersten Male seit Bestehen des S. C. S. ausgetragen werden soll, wurde der Ortsgruppe Schönwald im Gau IV „Hoher Schwarzwald“ zur Durchführung übertragen. Die sportlich hochinteressanten Jugendkämpfe sind auf Sonntag, den 25. Februar festgelegt. An diesem Tage sollten ursprünglich die Gau-Jugend-Wettkämpfe des Gau „Hoher Schwarzwald“ in Schönwald stattfinden. Die Terminnot zwingt jedoch zur Aufgabe dieses Programmpunktes. Einzelheiten über die Durchführung der Schwarzwald-Jugendmeisterschaft, die in einer Verwaltungsratsitzung bereits besprochen wurden, folgen in den nächsten Tagen.

Ein Auto fährt im Nebel an den Randstein

Ein Toter — ein Schwerverletzter.

Neustadt (Schwarzwald), 24. Jan. Heute nacht gegen 11 Uhr verunglückte auf der Straße von Langenordrach nach Hölzlebrü in einer Kurve das Auto des Metzgermeisters Gantter aus Neustadt schwer. Der Kraftwagen kam augenscheinlich infolge starken Nebels zu nahe an den Straßenrand, fuhr auf den Randstein auf und stürzte, sich überschlagend, die Böschung hinunter. Gantter sowie sein Mitfahrer, Mechanikermeister Leopold Laule aus Hölzlebrü kamen dabei unter das Auto zu liegen. Laule wurde totgedrückt, Gantter erlitt schwere Verletzungen. Die Verunglückten blieben die ganze Nacht hindurch in ihrer schrecklichen Lage liegen. Die Hilferufe wurden nicht gehört. Man fand sie erst heute morgen gegen 7 Uhr auf.

Mannheim, 24. Jan. (Ein Radfahrer schwer verletzt.) Am Mittwochabend wurde ein 32jähriger Radfahrer auf der Weinheimerstraße von einem bisher unbekanntem Personentransportwagen von hinten angefahren und gegen einen Kilometerstein gestoßen. Der Radfahrer erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden.

Panflavin
PASTILLEN
(Acridinumerivall)

Zum Schutz gegen
Grippe
Erkältungskrankheiten, Mandel- u. Halsentzündungen

Freiburg, 24. Jan. (Familientragödie.) Der verheiratete 50 Jahre alte Maler Binkert, wohnhaft in Fischerau 24 wurde gestern Morgen gegen 4 Uhr festgenommen und in das Gefängnis eingeliefert unter dem Verdachte des Mordes. Binkert ist mit einer Kriegserwitte verheiratet, die zwei Kinder mit in die Ehe brachte, um derenwillen es öfters Streit gab. Seit längerer Zeit mißhandelte Binkert, der Trinker war, seine Familie. Seine Drohungen nahmen besonders in den letzten Tagen heftige Formen an, so daß sich seine Frau entschloß, mit ihren Kindern vom dritten in den vierten Stock des Hauses zu ziehen. Am Mittwochabend gegen 9 Uhr kam nun der Ehemann nach Hause, öffnete in der Stube und in der Küche die Gashähne und loderte außerdem, da er in seiner Wohnung nur einen Heizapparat, der höchstens 1 Kubikmeter Gas ergeben hätte, besaß, die Plombierung und damit die Zuführung zu den Gasautomaten, so daß genügend Gas in den Raum strömen konnte, um seine Familie zu vergiften. Dann hatte sich Binkert entfernt. Seine Frau bemerkte jedoch sofort den Gasgeruch und rief Hilfe herbei. Nur diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß kein Menschenleben zu Schaden gekommen ist. Die alarmierte Polizei nahm Binkert, der alles in Abrede stellte, und sich bei seiner Festnahme wie ein Wilder gebärdete, mit einem Messer um sich fiach, fest.

Der operierte Messerschneider

Frankfurt a. M., 24. Jan. Der ursprünglich in das Gefängnis-Krankenhaus in Praunghesheim eingelieferte Schneider Schäfer, der übrigens im Verdacht steht, über 100 Diebstähle in der Hanauer Gegend begangen zu haben, ist im Heiliggeisthospitäl operiert worden. Die Schluderei trug ihm eine Bauchfellentzündung ein. Das vereschulte Taschenmesser konnte jetzt entfernt werden, so daß Schäfer nun alle geschludeten Gegenstände wieder los geworden ist.

Kauft 50 Pf.-Lose der Bad. Jugendherbergslotterie

10000 Mark Bargewinne

Ziehung unwiderruflich 18. Februar 1930

2 Autos
2 Motorräder
viele Warengewinne

Ernst Moritz Arndt

Gedanken zu seinem 70. Todestag am 29. Januar.

Die Geschichte hat ihm recht gegeben mit seiner durch nichts zu erschütternden Hoffnung auf eine Zukunft Deutschlands trotz einer Zeit, die noch armeliger war als die unsere. Er, nach Hardenbergs Wort, „der Deutsche aller Deutschen“, hatte ein Recht, uns zu mahnen und zu warnen; „Iren und unzerzagt“ sagt er nach seinem „Selbstbekenntnis für die deutsche Gegenwart“ 1848 aus, was ihm „in der Gegenwart als das Notwendige deutet, ein Greis, der die mannigfaltigen Wechsel mehrerer Menschengalter gesehen, der auch viele Täuschungen und Gaukeleien des Zeitalters in ihr faltes und faltes Nichts hat verstanden gesehen, der wenigstens als ein ehrlicher Mann vor seinem Volke hingewandelt ist und weber dem Glanze oben, noch dem Graue unten jemals gehandelt, noch geschmeichelt hat“.

Arndt kann uns befreiendes Vorbild sein, auch heute unzeren Vaterland gegenüber diese Tugenden des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe nicht zu verlieren. Wahr bleibt der älteste Spruch der Weisen: „Was gedacht wird und immer wieder und wieder gedacht wird, das wird endlich wirklich. Denkt du immer Quarl, so wirst du selbst Quarl und gewinnst Quarl.“ Dies Wort schloberie Arndt im Sommer 48, als die landesväterliche Jähzucht der deutschen Fürsten triumphierte, gerade so mutig hinaus wie damals, als der Korke das Volk inebelle, das „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“. Daß jedoch bei dem Ringen um die Zukunft eines Volkes letzten Endes nicht das Schwert entscheiden kann, hat Arndt nicht minder stark betont. Eines Volkes Schicksal wird bestimmt durch den Wert seiner Menschen: „Darum, wenn ihr Gelden und Freiheit wollt, lernt früh entsehren“, mahnt er im „Geist der Zeit“ (1818); „übi euch oft und sagt euch, warum ihr euch freiwillig Entfugung und Vererbung von Genüssen übt, und lachelt immer mit den freundschaftlichen Blick des Christen in die Küche und den Schmerz, damit diese Tugend nicht herb und spröb und unerschütterlich werde.“ Wo die Not doppelt groß sei, müsse auch die Arbeit doppelt sein; „Ihr selet und höret, wie für Gold die Tugend feil ist; ihr schaubert vor dem Gedanken, daß euch solches gefeichen könnte. Denkt, alles sei Gold, worin die üppigen und lästernen Begierden schwelgen wollen, und bündigt sie beiseiten und stüßet euren Mut für würdige Kämpfe“.

Als eine Pflicht vor dem Handeln verurteilt Arndt auch das süße Reden von dem, was sein „sollte“. Ja, als Landesväterer heißt er eben, der sich wohlgefällt „in künftigen und verworrenen Gespinnnen von Verfassungen, welche die Erde entweder nie tragen

kann oder erst nach dem Ablauf von Jahrhunderten wird tragen können“. Das sei nichts anderes als Faulheit, „welche alles Redliche unter die Füße tritt und mit metaphysischen, theosophischen und mystischen Gaukeleien spielt“. Die Folge davon sei, so erklärt er 1814 in einem Aufruf „Ueber künftige idnische Verfassungen in Deutschland“, daß durch die gauiele Schreiberei „wir den großen Sinn und die Kraft und Klarheit der politischen Dinge verloren“. Deshalb behalte er die größte Not in der Franzosenzeit: „Hoffen wie die Toren, träumen und idealisieren, das können wir; leben, herrschen, die Welt regieren, das haben wir verlernt, und nur die Not, die beide Lehremeisterin aller Dinge, kann uns wieder zu Männern machen“.

Er warnt indes, dabei rückwärts zu sehen in die „gute alte Zeit“. Die Geschichte wende ihren Weg nicht wieder zurück, und der Mensch wird nicht wieder, was er gewesen ist. „Allo weg mit den verderblichen Wünschen und das Leben ergreifen und die Welt gebaut, wie sie ergriffen und gebaut werden können und müssen!“ Nie sollen wir vergessen, daß „auch die besten Staaten sich ableben und vor Alter sterben, wenn das Zeitalter oder der Mut fehlte, das Verfeinernde oder Verfrühderte, worin der Lob ist, wegzuräumen“. Es müssen Revolutionen kommen, sie können nötig werden. Mutig anzusetzen er, ein solcher „Zustand der Erstarrung oder Verfaulung ist immer noch unheiliger als die wildeste Bewegung auch der übermütigsten Geistigkeit, weil alles Menschliche und alles Göttliche, kurz, weil alles Leben und alle Kraft in ihm untergeht“. Es ist ein geschichtliches Gesetz: „Nirgends ein fester Bestand und sichere Stütze in irdischen Dingen, sondern Wandel und Wechsel hin und her und oft die wildesten und blutigsten Veränderungen und Umkehrungen, welche Glück, Freude und Leben der Menschheit auf das unarmherzigste verwüsten und zerstören“.

Deshalb träumt Arndt der zu Bruch gegangenen Staatsform der absoluten Monarchie nicht nach: „Alle Staaten, auch die noch keine Demokratien sind, werden von Jahrhunderten zu Jahrhunderten mehr demokratisch werden.“ Gerade uns heutige mahnt er forschend: „Daß man mir vor dem unschuldigen Worte nicht erschreckel!“ Bewußt: „Demokrat, demokratisch, Demokratie hind durch die Klänge der letzten zwanzig Jahre und durch den Mißbrauch, den man mit diesen Klängen getrieben hat, für die Herzen und Ohren aller Guten eine Art Antipulver geworden.“ Und doch, demokratisch in seinem edlen Sinn bezieht sich „allein auf das Große und Allgemeine, was man Volk nennt, und die besten Kaiser und Könige und alle edle Menschen haben ja auch immer nur befannt, daß sie für das Volk da sind und für das Volk und mit dem Volke regieren. Das Volk ist eben so heilig, als der Häbel unheilig ist: jemand, der wünscht, daß für das Volk und durch das Volk regiert werde, heißt Demokrat.“

Eine echte Demokratie ist aber für Arndt undenkbar ohne die Aufrechterhaltung des Besitzes. Aus dem Besitz sei „in der Welt alle Sitte und alles Gesetz der edleren Völker geboren“. Nur müßten die Staaten so frei eingerichtet werden, „daß auch den Kleinsten und Kernsten die Zugänge zum Unterricht und zur fröhlichen Bewegung im Staate geöffnet seien, daß sie nach ihren Fähigkeiten Schlösser und Paläste erwerben ... kurz, daß sie möglicherweise zu allem, wozu Gott ihnen Frieß und Kraft gegeben hat, gelangen können“. Mit gleicher Deutlichkeit verweist Arndt aber auch „die gleichmächende Dummheit und Frechheit, welche unzerzogenen Tuben und verwilderten Abenteuerern mit weisen und ehrenfesten Männern gleiche Macht im Staate geben wollten“; das sei der Untergang dieser Tugend, Wissenschaft und Kunst, „gleicher Schein und lustiger Geheiß von Freiheit und Gleichheit bei bittelhoffer und zerrenner Wirklichkeit“. Im übrigen muß aus der Herrschaft des Geldes folgerichtig der Despot aufsteigen; das wilde und reizende Tier, Häbel kann nur durch ein wilderes und reizenderes Ungeheuer gebändigt werden. Doch ist Arndt nicht blind dafür, daß „dem Verdrücken und Unstlichen auf einer Seite ein tiefer und selbst ein christlicher Sinn und eine Aufgabe“ liegt, die „die freie christliche Menschheit noch zu lösen hat“ (1849). Auch hier gilt der Ruf, den die Geschäfte „täglich und stündlich lehrend und warnend“ an uns richten: „Wer immer das Kleine will, der wird das Große nie erlangen, ja, er mag über der Jagd auf das Kleine endlich das Große ganz verlieren“ (Germanien 1814). Wer will „in den Nebeln der Fröhe verzweifeln, daß die Sonne nicht durchdringen werde“?

Sinnweg also mit den „alenden deutschen Unmöglichkeiten!“ Dann wird sich erfüllen, was Arndt unter dem Druck der Reaktion 1833 schrieb: „Es wird und muß der Gedanke von Einheit und Macht das größten Weltwolltes der jetzigen Erde endlich durch Gottes Willen und Naturlauf zuletzt durchschlagen“. Nur dürfen „alle Wollenden und Verdrückenden nicht aufhören, solches Propheetentum aufrecht zu erhalten“.

Dr. W. Sauerland.

Ein Jubiläum wertvoller Volksbildungsarbeit kann in diesen Tagen der bekannte Schriftsteller Johannes Mayrhofer begehen, indem er den dreitausendsten Vortrag hält. Schon vor dem Kriege war er in zahlreichen Vereinen und höheren Schulen ein gern gesehener Gast mit seinen pädagogischen Reden, seinen erntien und heiteren Vorträgen aus eigenen Werken wie auch in der Behandlung literarischer Themen. Seit dem Jahre 1919 hat Mayrhofer diese Vortragstätigkeit zu seinem Hauptberuf gemacht und leistet damit das ganze Jahr hindurch im ganzen deutschen Sprachgebiet eine wertvolle Bildungsarbeit.

Badischer Landtag

Immunitätsdebatten — Die badische Gesandtschaft in Berlin Stimmungsbild

Karlsruhe, den 24. Januar 1930.

Immunitätsdebatten sind zur Zeit an der Tagesordnung im Badischen Landtag. Es gab früher auch mal eine Ueberjähmung in diesem Punkt, das war die Zeit, wo noch stürmische Aktivität in den Adern Bods und seiner kommunikativen Genossen kreiste. Heute sind an deren Stelle die Nationalsozialisten getreten, die durch absichtliche die Beleidigungen des Landtags, dessen Diäten und Freifahrtkarte sie zu gerne in Empfang nehmen und benützen, derartige Debatten um die Aufhebung der Immunität direkt und absichtlich provozieren. Die Stelle des Märtyrers scheint immer noch eine dankbare und praktisch einträgliche zu sein. Der Kommunist Bod leistet den Nationalsozialisten lebhaft und dankbar angenehme Sekundantendienste. Die Nationalsozialisten wollten zunächst zur neuerlichen Immunitätsaufhebung ihres Parteigenossen Wagner gar nicht sprechen. Als ihnen aber Bod die Argumente geliefert hatte, wagte es der Nationalsozialist Köhler unter Jubelstürmen harter geistiger Anleihen, bei Bod für die Aufrechterhaltung der Immunität Wagners einzutreten. Es ist ein beschämendes Zeichen, daß die Nazi, die sich so stark im Angriff auf demokratische Einrichtungen aufzuführen, jedesmal, wenn es ihnen an den Krügen gehen soll, wenn sie ihre Sprüche verantworten sollen, sich hinter der „verruhten“ Verfassung verbergen. Das ist kein Zeichen von Mannesmut. Da könnte ihnen schon eher der sozialdemokratische Abgeordnete Kurz, gegen den ein Beleidigungsverfahren anhängig gemacht werden soll und der selbst die Aufhebung seiner Immunität verlangte, als Beispiel dienen. Ja, Worte und Taten sind eben immer etwas anderes. Im übrigen muß endlich einmal das nationalsozialistische Verfahren, die Landtagsarena zum Kaufboden geistloser Schimpfereien zu machen und im selben Augenblick über das Niveau, das man selbst verursacht hat, zu krawelen in aller Öffentlichkeit angeprangert werden. Es ist richtig, was vor einiger Zeit festgestellt wurde, die Nationalsozialisten haben den Kommunisten den Rang abgelaufen. Daß bei der Behandlung des Voranschlags des Staatsministeriums der Nationalsozialist Köhler die badische Vertretung in Berlin als Kurus bezeichnete, dürfte bei der sonstigen politischen Beschränktheit des politischen Horizonts nicht wundernehmen. Die großen Verdienste des Gelehrten S o n o l d um das badische Land und seine Wirtschaft, die der Zentrumsabgeordnete Eggler in seiner Rede klar aufzeigte, braucht ja der Nazi nicht zu kennen. Die anderen Fraktionsredner anerkannten gerade die wirtschaftliche Leistung umso mehr. Was Sonold für die Freiburger Kliniken und für den Universitätsneubau in Heidelberg durch seine Beziehungen zum amerikanischen Volkshaus Saurmann geleistet, bleibt ungeachtet des notwendigen Widerspruches des früheren Kultusministers Dr. Leers ein Verdienst. Abg. Bauer zeigte in seiner durchaus maßvollen Rede weitgehendes Verständnis. Wenn er die Streichung des Theaterzuschusses für die Minister beantragte, so haben auch Teile der Zentrumsfraktion dafür Verständnis. Wenn der deutschnationalen Abg. Schmitt-Henner die Zahl der badischen Minister als zu groß bezeichnete, so ist das nur aus der durch den Wahlverlust verschärften Opposition zu verstehen. In Württemberg haben die Deutschnationalen vor einigen Tagen unter Führung Bajilles wader mitgemacht, die Zahl der Minister um zwei zu vergrößern. Der Zentrumsabgeordnete Eggler hatte recht, als er erklärte, daß man sich mit dieser Haltung abzufinden wisse. Item! Die Aufgaben des Staatsministeriums und der badischen Gesandtschaft, insbesondere deren wirtschaftliche Tätigkeit, fanden größeres Verständnis bei der Opposition, als es jemals früher der Fall war.

Wenn auch der Demokrat Hofheinz als Oppositionsredner jetzt auf einmal alles viel schlechter findet als früher, wo er noch mit Begeisterung mit von der Partei war. Man merkt die Absicht und wird nicht verstimmt. Sicher ein Zeichen der Anerkennung für die Träger der Aemter und ihrer Tätigkeit für Volk und Heimat. Das bedeutet aber auch eine Rechtfertigung für die föderalistische Haltung des badischen Zen-

trums. Daß der badische Staatspräsident die Anerkennung und Würdigung des Führers der badischen Gesandtschaft sowohl als die Notwendigkeit dieser Einrichtung unter lebhafter Zustimmung der Zentrumsfraktion noch einmal feststellte, war ganz im Rahmen der übigen Aussprache gelegen.

Sitzungsbericht

Karlsruhe, 24. Jan. 1930.

Vormittagsitzung

Wegen der Ausschußverhandlungen begann die heutige Sitzung erst gegen 12 Uhr.
Abg. Leers (Zem.) berichtet über das Ersuchen des Justizministeriums um Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner (Nat.-Soz.) wegen Beleidigung des Landtags in einem am 16. Jan. verbreiteten Flugblatt, für das Wagner verantwortlich ist; ebenso über die Zulassung der Strafverfolgung des Schriftleiters Dr. Bader, Schriftleiter des „Führer“. Ein weiterer Bericht erfolgt über die vom Abg. Kurz (Soz.) selbst beantragte Aufhebung seiner Immunität zur Durchführung einer Beleidigungsklage.
Abg. Bod (Komm.) spricht sich gegen die Aufhebung der Immunität aus.
Abg. Köhler (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Praxis der Aufhebung der Immunität.
Abg. Dr. Schmitt-Henner (Dml.) fordert eine grundsätzliche Regelung der Immunitätsfrage und wendet sich gegen die Aufhebung.
Abg. Schmitt-Breiten (Bauernp.) ist ebenfalls gegen die Aufhebung.
Abg. Roth (Nat.-Soz.) erhält zwei Ordnungsrufe wegen Beleidigung des Landtags.
Die Immunität des Abg. Wagner wird mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie gegen 15 Stimmen der Nat.-Soz., Deutschen und Wirtschaftspartei bei 14 Enthaltungen aufgehoben. Der „Führer“-Redakteur Dr. Bader wird mit allen gegen 12 Stimmen der Nat.-Soz., Komm. und Deutschnationalen zur Strafverfolgung freigegeben.
Die Immunität des Abg. Kurz (Soz.) wird ebenfalls aufgehoben.
Abg. Heid (Soz.) berichtet über

den Hauptteil II des Voranschlags

Staatsumsetzung

Frau Abg. Langendorff (Komm.) verlangt als Einleitung zur Remissionsreform die Aufhebung des Staatsministeriums. Die Gesandtschaft in Berlin solle in Wegfall kommen.
Abg. Maier (Heidelberg) (Soz.) wendet sich gegen die Heranziehung persönlicher Verhältnisse der Abgeordneten. Wenn die badische Gesandtschaft zu hart dotiert sei, solle man doch den Riesenaufwand der zünftigen Postverwaltung berücksichtigen. Die Heranziehung der kommunikativen Sparanstöße sei zu nah gelegen. Der Aufwand des Staatsministeriums sei nicht vermindert. Die badische Gesandtschaft sei aus politischen und wirtschaftlichen Gründen in Berlin nötig. Jede wirtschaftliche Organisation habe ja auch ihre Vertretung in Berlin.
Abg. Bauer (Soz.) fordert im allgemeinen Sparmaß. Die Tagelöhner der Staatsräte seien in Ordnung. Die Repräsentation müsse sich in Grenzen halten. Die badische Gesandtschaft sei ja in eine Vertretung umgewandelt worden. In dieser Form als politische und wirtschaftliche Vertretung sei sie nötig. Die 4338 Mk. für Theaterlogen der Minister könnten gespart werden.
Abg. Dr. Schmitt-Henner (Dml.) erklärt sich damit einverstanden, daß seine drei Anträge bis zum Bericht der Sparkommission zurückgestellt werden. Den Etat lohnen die Deutschnationalen aus politischen Gründen ab.
Abg. Köhler (Nat.-Soz.) behauptet, daß Deutschland nichts mehr bedürfe. Die Berliner Gesandtschaft sei ein Luxus!
Abg. Eggler (Soz.) betont, daß Anträge auf Streichung der Berliner Gesandtschaft oder ihrer Reamenzufammenlegung nicht eingegangen seien. Man könne dem Staatspräsidenten, dessen Amt zahlreiche Repräsentationspflichtungen mit sich bringe, nicht zumuten, daß er diese Opfer aus eigener Tasche trage. Daß die Deutschnationalen den Etat ablehnten, könne man ertragen.
Es handle sich bei der Gesandtschaft in Berlin nicht um eine völkerrechtliche Einrichtung. Es handle sich um einen Titel. Rechner fligiert die Aufgaben des Berliner Gesandten, der als Reichsstatenbotschafter und wirtschaftlicher Vertreter Bedeutendes für Baden leiste. Die gleichzeitige Vertretung mit den Gesandtschaften in Dresden und bei Preußen sei formale. Die Verdienste der Gesandtschaften seien groß. Sonold habe sich beim amerikanischen Volkshaus für Heidelberg verwendet, ebenso für Klinikenbauten in Freiburg. Wirtschaftliche Einwirkung sei für Baden vielfach recht

wirksam gemorden, das sei von badischen Wirtschaftsführern anerkannt. Die Komm. Langendorff habe zwar nett gesprochen, aber doch nichts gesagt. Da die Zentrumsfraktion zum Landestheater grobenteils fröhlich stehe, sei den Mitgliedern der Fraktion die Haltung zum liberalen Theaterantrag freigegeben.

Abg. Hofheinz (Zem.) bezeichnet die wirtschaftliche Vertretung Badens als ein dringendes Gebot. Der Zustand, daß das Kultusministerium als größtes Ministerium im Nebenamt verwaltet werde, sei unerträglich. Auch räumlich müsse sich die Berliner Vertretung beschränken. Seine Partei könne bei der gegenwärtigen Zusammenlegung der Regierung keine Zustimmung zum Etat aussprechen.
Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Nachmittagsitzung

Nach 1/2 Uhr nimmt die Sitzung ihren Fortgang.
Abg. Bod (Komm.) spricht für die kommunikativen Anträge zum Etat.

Abg. Maier (Soz.): Die Institution der Staatsräte sei in der Verfassung verankert. Dem Staatsrat komme die Aufgabe zu, das Gewicht der Parteien in der Regierung zu betonen. Die Kommunisten bekämpften als Demagogie den sozialdemokratischen Staatsrat. Wenn der Staat die Ministerlogen nicht mehr bezahle, müsse auch die Stadt Karlsruhe ein gleiches tun. Den Anträgen der Kommunisten könne man nicht zustimmen.

Staatspräsident Dr. Schmitt

bermahrt sich gegen die Heranziehung der Privatverhältnisse von Mitgliedern der Staatsregierung in die Debatte. Es sei ihm fern gelegen, anlässlich des Aufrufs zum Volksbegehrensantrag irgend jemand persönlich zu kränken. Er erkläre das ausdrücklich gegenüber Personen und Gruppen des hohen Hauses. Der Bericht der Staatshausvorlage sei gegenüber früher unverändert.

Mit Genugtuung stelle er fest, daß überwiegend die Berliner Vertretung und ihr gegenwärtiger Inhaber Beifall und Anerkennung im Hause fand. An der Theaterlogensfrage sei er persönlich uninteressiert. Doch sei ein Vertragsverhältnis vorhanden, das erst gekündigt werden müsse. Die Kündigung müßte bis 1. April 1930 ausgesprochen werden und trete mit Ende der Spielzeit in Kraft. Die Staatsräte müßten dann aber auch ein gleiches tun. Der Ausfall für das Theater betrage dann 14 000 Mk. mehr.

Abg. Bauer (Soz.) meint, man solle alle Freizeite in Theater, die nicht nötig sind, abschaffen und nur evtl. Ermäßigung geben. Der Ausfall für das Theater sei nicht einzusehen, da ja die betr. Herren ihre Karten selbst lösen könnten.
Abg. Dr. Schmitt-Henner (Dml.) erklärt, nach der ministeriellen Erklärung nunmehr nur noch aus sachlichen Gründen den Etat abzulehnen.

Abg. Seubert (Str.)

stellt fest, daß diese Position (Theaterloge der Regierung) schon oft besprochen worden und früher von den Demokraten nicht beanstandet worden sei. Ein demokratischer Minister habe sie eingeführt. Heute sei den Demokraten nichts mehr recht. Da es sich um eine Art Subvention für das Theater handle, habe man die Wahl, hier zu sparen oder an anderer Stelle zuzusehen. Eine Streichung würde die Regierung der Möglichkeit berauben, auswärtige Gäste gegebenenfalls in die Loge mitzunehmen. (Zuruf Maier: am Abg. Bauer: Sollten wir nicht auch die Freiermäßigung für Abgeordnete abschaffen?)

Nach einer Bemerkung des Abg. Ewald (Evgl. Volksh.) folgt Abstimmung. Bei Kapitel I, 1 wird ein kommunikativer Antrag auf Aufhebung des Staatsministeriums gegen die Antragsteller bei 6 Enthaltungen (D.-L., Nat.-Soz.) abgelehnt, ebenso ein Antrag, das Aufwandsgeld von 3000 Mk. zu streichen (bei 8 Enthaltungen).

Die Abschaffung der Staatsräte wird gegen die kommunikativen Antragsteller und bei Enthaltung der Rechten abgelehnt. Das Aufwandsgeld wird auf 2000 Mk. ermäßigt. Die Streichung des allgemeinen Fonds für sachlichen und persönlichen Aufwand des Staatspräsidenten wird bei gleichem Stimmverhältnis abgelehnt.

Der nationalsozialistische Antrag auf Aufhebung der Berliner badischen Vertretung fällt gegen die Antragsteller und Kommunisten bei 5 Enthaltungen (Dml., Vpl.). Kommunikativen Anträge fallen ebenfalls. Der liberale Antrag auf Streichung der Position V für die Theaterloge wird mit 4 gegen 11 Stimmen angenommen. Der Staatspräsident stimmte selbst für die Streichung. Der gefasste Etat des Staatsministeriums wird mit 55 Stimmen (auch Evgl. Volksh.) gegen 20 Stimmen angenommen.

Der Sitzung 5 Uhr Donnerstagsvormittag nächste Sitzung.

Für rauhe Hände
TUBE -35,-60,-85
KALODERMA-GELEE

Der Sieg über Pferd und Dampf

Ein Gedenktag am 27. Januar 1930.

Dieses Berlin von heute ist undenkbar ohne das genialste „Es werde“ einer seiner ganz Großen, gesprochen vor genau 50 Jahren im elektrotechnischen Verein.
Irgendwo in diesem Berlin stehen gigantische Generatoren, deren rotierender Wulstschlag den Verkehr der Viermillionenstadt bestimmt. Kreuz und quer ist das Gesicht dieser Stadt zerstückt von Geleisen, über die hinweg der elektrische Strom, erzeugt in jenen Generatoren, die Wagen der Hoch- und Untergrundbahn, der Stadt-, der Straßenbahn durch den Tag, durch die Nacht nach allen Richtungen der Windrose jagt.

Die Partitur dieser rauschenden Verkehrs-symphonie — Zahlen aus dem letzten statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin, geltend für das Jahr 1927: Das Gesamtstreckennetz der Berliner Verkehrs-gesellschaft hat eine Ausdehnung, die hinreichend, die Entfernung Berlin-Paris zu überbrücken, die Geleise der Straßenbahn allein aneinandergelegt, haben den Schienenstrecke von Berlin bis Barchin, die Stadt- und Ringbahn, die nicht zur Berliner Verkehrs-gesellschaft gehört, verfügt über ein Streckennetz von 290 Kilometer (Berlin-Dannover), die Untergrundbahn von fast 70 Kilometer; 174 Reichsbahnstationen liegen im Reichsbild Groß-Berlins, 68 Bahnhöfe sind Anknüpfungspunkte des Hochbahnverkehrs, fast 4000 Trieb- und Beiwagen der Straßenbahn rollen durch die Stadt. Ueber 200 Millionen Menschen sind mit der Untergrundbahn, etwa 400 Millionen Menschen mit der Stadtbahn und über 800 Millionen mit der Straßenbahn gefahren — Zahlen aus dem Jahre 1927. Und dieser Verkehr wachst von Tag zu Tag!

Es hat seinen eigenen Reiz, im elektrischen Stadtbahnnetz von Berlin nach Potsdam, dessen Geschwindigkeit sich zeitweise der 100-Stunden-Kilometergrenze nähert, daran zu denken, daß es noch keine 100 Jahre her sind, daß 1838 auf derselben Strecke das erste eiserne Pferd wiegen nach Potsdam gezogen hat; die Lokomotive, von der Friedrich Wilhelm IV. die prophetischen Worte sprach: „Diesen Karren, der durch die Welt rollt, hält kein Menschenarm mehr auf!“ Es ist noch nicht 100 Jahre her, und heute kennt weder die Stadt, noch die Ringbahn, diesen Karren, dieses höhlenstreuende Dampf, Rauch und Aufpeisende eiserne Pferd; der elektrische Motor hat es vertrieben.

Und es ist erst 65 Jahre her, seit die erste Pferdetrassenbahn im Rodeltrod die Wagen über die Geleise von Berlin nach Charlottenburg zog; erst 65 Jahre, und doch wird man bald in Berlin ein Pferd nur noch im Zoologischen Garten auftreten können; seit 1881 hat der elektrische Motor zum erstenmal auch bei der Straßenbahn die Arbeit des Pferdes übernommen.

Seit 1902 läßt derselbe Motor die Wagen der Hochbahn in Stodmerhöhe über den Straßen dahinschieben, in kilometerlangen Tunneln unter den Straßen ihrem Ziel zuzugewandt; erst seit 1902 — 10 Jahre nach dem Tode jenes Mannes, der die Notwendigkeit der Hochbahn vorausgesehen und heute vor 50 Jahren bereits angeordnet hat: Werner von Siemens.

Bereits 1866 hatte Werner von Siemens in seiner kleinen Fabrik in der Marzfaßstraße in Berlin die erste dynamo-elektrische Maschine gebaut, das Urbild jener elektrischen Stromerzeuger, die heute die Welt beherrschen. Lieber sei sagt er in jener denkwürdigen Sitzung im Jahre 1880 im elektrotechnischen Verein: „Die dynamo-elektrische Maschine befähigt uns jetzt, elektrische Ströme von jeder gewünschten Stärke billig zu erzeugen. Die Elektrizität kann mithin jetzt auch in die Reihe der schwerarbeitenden Mächte eintreten.“

Sie ist tatsächlich in die Reihe der schwerarbeitenden Mächte eingetreten. Bereits ein Jahr vor diesem Vortrag, 1879, hat Werner von Siemens auf der Berliner Gewerbeausstellung zwei Beispiele der Kraftübertragung durch dynamo-elektrische Maschinen gezeigt, deren eines eine etwa 800 Meter lange in sich selbst geschlossene schmalspurige Eisenbahn war, auf welcher eine kleine elektrische Lokomotive mit drei angehängten Personenwagen in einer Geschwindigkeit von 3 bis 4 Meter in der Sekunde lief. Sie hat viel Aufsehen erregt, wurde viel bewundert, in der ganzen Welt besprochen, diese erste elektrische Lokomotive, die heute auf einem Ehrenplatz im Deutschen Museum in München von ihrem genialen Erfinder ruht. Es ist begreiflich, daß der 1880 gehaltenen Vortrag, lieber die dynamo-elektrische Maschine und deren Verwendung zum Betrieb von elektrischen Eisenbahnen“, nachdem ein Jahr vorher bereits mit der Anstehungsbahn ein Beweis für die Durchführbarkeit, wenn auch im kleinen Rahmen, erbracht war, ein lebhaftes über und wider der Meinungen auslöste. Werner von Siemens entwickelte damals ausführlich die Geschichte seiner dynamo-elektrischen Maschine, ihre Wesenheit, ihre Möglichkeiten und ihre besondere Eignung als Energiequelle für elektrische Bahnen aller Art. Einbringlich hat er damals schon den Betrieb elektrischer Hochbahnen angedeutet und darauf hingewiesen, daß er bereits im Jahre 1867 während der Pariser Ausstellung den Plan entworfen habe, elektrisch betriebene Eisenbahnen auf freistehenden eisernen Säulen durch die Straßen Berlins zu führen. Zwischen hatte Reuporf eine elevated railroad erhalten, die mit Dampflokomotiven betrieben wurde. Mit dem Vortrag am 27. Januar 1880 hat Werner von Siemens die von ihm vorgeschlagenen elektrische Hochbahn — übrigens Pläne, die bis ins letzte durchdacht und entwickelt waren — öffentlich zum erstenmal zur Diskussion gestellt. Vermittelt wurden diese Pläne 1902.

Heute neigt sich das Zeitalter des Dampfes langsam seinem Ende zu; die Elektrizität, die Dominante der Technik des 20. Jahrhunderts, ist hegisch auf allen Gebieten und ganz besonders auf den Verkehrswegen der Großstädte. Das Gesicht der Erde ist umgestaltet worden durch sie, unsere Städte sind undenkbar ohne Elektrizität, unsere Zivilisation ist undenkbar ohne die Elektrizität, ja, unsere Kultur ist undenkbar ohne sie. Wohlgebillt beeinflusst aber ist diese Entwicklung von Werner von Siemens, auf den, wie auf wenig andere, das Faustwort zutrifft: „Daß sich das größte Werk vollende, genügt ein Geist für tausend Geister!“

Derstöff.

Phönizianische Inschriften am Amazonasstrom? Aus Rio de Janeiro wird berichtet, daß an Helsen im Tale des Amazonasstroms Inschriften entdeckt wurden, die der früher schon einmal aufgetretenen Ansicht kräftig befehlen, daß die Phönizianer vor etwa 4000 Jahren Amerika entdeckten und in den Amazonasstrom einführen, wo sie Städte gegründet hätten. Die Inschriften wurden von Dr. Barbosa gemacht, der mit dem brasilianischen Forscher General Mondon auf einer wissenschaftlichen Expedition begriffen war. Die Inschriften sind in Hieroglyphen gehalten, deren Entzifferung wohl ein Jahr Beanspruchung dürfte. Gleiche Bildzeichen fanden sich auch auf Zopfersteinen am Cumina im Staate Para. Wenn die Entzifferung genügend Angaben liefern sollte, werden Grabungen nach der verschundenen phönizianischen Stadt unternommen werden. Der Ueberlieferung zufolge war der Name dieser Stadt Atlanis. Das ist der Begriff für den verfunkenen Kontinent, der einst als Landbrücke über Asien zwischen der Alten und Neuen Welt existiert haben soll. Andere Derlichkeiten im weiten Amazonasbecken haben bereits phönizianische Spuren geliefert. In der Mündung der Flüsse Salimao und Negro befindet sich z. B. die Insel Bedro, wo auf einem Felsen ein großes phönizianisches Schiff ins Gestein gehauen ist.

Benno Müttener 75 Jahre alt. Unter dem Titel „Frau S a a a“ kündigt der Verlag Georg Müller in München soeben das neue Buch des Münchener Dichters Benno Müttener an, der am 2. Februar seinen 75. Geburtstag begeht. Wie wir hören, veranlaßt die Stadt München am 2. Februar eine den Dichter ehrende Feier im Münchener Rathaus.

Julius Weismann's neue Oper „Gespensersonate“ nach dem bekannten Drama von August Strindberg wurde von der Staatsoper München zur Uraufführung für die nächste Spielzeit angenommen.

Geographische Gesellschaft, Karlsruhe.

Am Dienstag, den 28. Januar 1930, abends 8 Uhr, hält Ober Reg.-Rat M. Walter, Karlsruhe, im alten Hörsaal des Maschinenbaugebäudes, 1. Stock rechts, der Technischen Hochschule einen

Vortrag mit Lichtbildern

über »Das heutige Holland« Ergebnisse einer wirtschaftsgeographischen Studienreise.

Eintritt für Mitglieder frei (Mitgliedskarte bzw. Beikarte vorzeigen!); für Nichtmitglieder Rm. 1.—

Der nächste Vortrag findet am 18. Februar statt.

Hausstanduhren

Kauft man am besten da, wo sie hergestellt werden. Schwenningen, die größte Uhrenstadt der Welt, bietet Ihnen Gelegenheit, direkt vom Herstellungs-ort zu kaufen.

Wir gewähren Ihnen: 10 Jahre schriftl. Garantie, Lieferung: franco Haus, Jede Uhr wird jährlich einmal durch unseren Fachmann kostenlos nachgeprüft.

Unangenehme Teilzahlung. Überzeugen Sie sich bitte selbst und verlangen Sie heute noch per Postkarte die kostenlose Zusendung unseres Katalogs.

Hausuhren, S. H. Schwenningen a. N. (Schwarzwald), Alleenstraße 17.

Chaiselongues

neue von 39,- M. an, D. w. an, neue mod. von M 85,- an, Telefon 4419, Polstermöbelhaus R. HOHLER, Schützenstr. 21

Garantie Geld

12500, 6500, 4000, ohne u. Haupt-Ges. Preis 50,-, Porto u. Loh. 20,-, Versandhaus Fran. Cl. Schönele, Augsburg II/3, Stettenstr. Nr. 16.

Reizende Locken

Ohne Brennschere, Haare befeuchten mit warmem Kräuterkochwasser, nach 10 Minuten die schönsten Locken und Wellen. Haltbar, un-schädlich. Flasche, monatlang ausreichend, Mk. 2.50, Porto extra. Versandhaus Fran. Cl. Schönele, Augsburg II/3, Stettenstr. Nr. 16.

Kaffee Bauer

Heute Samstag Gesellschafts-Tanzabend :: (bis 2 Uhr)

Tanzmusik: Kapelle Dolezel in Jazzbesetzung / 2 geräumige Tanzflächen / Weinzwang / Gesellschafts-Anzug erwünscht

Eintritt frei. Tischbestellungen erbeten. Nach Schluß der Veranstaltungen geöffnet!

Gesangverein Concordia e.V.

Samstag, den 25. Januar in den Räumen der FESTHALLE Grosser Masken-Ball

Reservierte Podiumplätze à 50 Pfennig sind heute Samstag, so-w-it der Vorrat reicht, bei Herrn Stadtgarteneinnehmer Bronner zu haben

Handbuch für den Badischen Landtag IV. Landtagsperiode 1929-1933

Zu unserem Verlag erschien eben: Handbuch für den Badischen Landtag IV. Landtagsperiode 1929-1933

- 1. Badische Verfassung. 2. Geschäftsordnung für den Bad. Landtag. 3. Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten. 4. Die Parteien des Landtags 1919-1929. 5. Ergebnisse der Landtagswahl am 27. Oktober 1929. 6. Die Fraktionen und Gruppen des Landtags und ihre Mitglieder. 7. Alphabetisches Verzeichnis der Mitglieder des Landtags mit persönlichen Angaben.

Bei der Wichtigkeit des Inhaltes für jeden badischen Staatsbürger muß dieses Handbuch die weiteste Verbreitung finden!

Badenia A.G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe



K. F. V. - Platz

Sonntag, den 26. Januar 1930 nachmittags 1/3 Uhr Süddeutsche Meisterschaft

F. C. Phönix -> K. F. V.

DHV. Deutschnationaler

Eltern, die ihren Sohn Kaufmann werden lassen wollen, weisen wir auf unsere Vorbereitungskurse für Maschinenschreiber u. Kurzschrift hin. Teilnehmergebühr Rm. 3.—

Darmstädter Hof

Karlsruhe - Erbaut 1782, bekant gute u. bürgerliche Speise-Restaurant

Das Bankhaus Veit L. Homburger

Karlsruhe, 11. Karlsruhe, 11. Telefon: Ortsverkehr 35, 36, 4391, 4392, 4393, Fernverkehr 4394, 4395, 4396, 4397

Gerichtliche und Vergleichende außergerichtliche Vertretung bei den Finanzämtern!

F. W. Wörner, Buchsachverständiger, Kaiserstraße 239 (gegenüber dem Notariat) Telefon 4767.



Bestecher, Rasiermesser, Säeren, Rasiermesser, Karl Hummel, Werderstr. 13

Drucksachen für Behörden

Jahresberichte, Dissertationen, Werke sowie alle umfangreichen Druckarbeiten

Badenia A. Karlsruhe, Steinstraße 17-21

trotz verbesserter Qualität billigere Preise!

Table with coffee prices: Haushalt (85, 1.70), Frauenlob (95, 1.90), B.-Badener (1.05, 2.10)

neu eingeführt: Brasil-Mischung (75, 1.50)

5% Rabatt Pfannkuch



Eingetroffen:

Italienischer Blumenkohl, große, blütenweiße Köpfe von 40-60

Rotkraut 15 Pfund

Bananen, schöne goldgelbe Früchte Pfund 50

Pfannkuch 5% Rabatt

Geld für i. u. H. Hypotheken, Autarkurgshypotheken, Restzinsen zu vergeben.

Badedien und Gasautomaten

werden durch unsere Facharbeiter unter Garantie b. billigster Berechnung in Stand gesetzt.

F. Schmidt & Kons., Kaiserstr. 209, Habelstr. 3. Tel. 6440/6441.

Altpapier, Eisen, Lumpen

Kupfer, Messing, Zink und Blei, sowie Felle kauft laufend u. alle Sorten zahlt beste Tagespreise

Chr. Beier Nachf., Verderstrasse 72-74, Telefon 8564.

BERKA

Echt Alpaka Restpartien der Berlin-Karlsruher Industriew. zu Ausnahmepreisen

Geschenkhau Wohlschlegel, Kaiserstrasse 173

Pianos Kauf und Miete

Teilzahlung auch ohne Anzahlung, Stimmungen, Reparaturen

Pianolager Rudolf Schoch, Karlsruhe, Ruppurrerstr. 82

PORPHYRWERK DOSENHEIM

STRASSENBAU-MATERIAL

Tanz-Institut

Voltrath, Kaiserstr. 235

Colosseum

Taglich 8 Uhr Sonntags 3.30 u. 8 Uhr

Glauser's Royal Mid-cis-Theater

Ihre Kleidung in die Kleiderpflege

Kreuzstr. 22, Telefon 6607